Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1910. 17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Presse.

In diesen Tagen, wo der Wahlrechtssturm in Preußen durch das Land fegt und den alten Junkerstaat in seinen Grundfesten erschüttert, erscheint es angebracht, einen besonderen Appell an unsere Freunde und Gesinnungsgenossen in Stadt und Land zu richten.

In überfüllten Versammlungen haben wir in der letztverflossenen Zeit Gelegenheit gehabt, die Wege und Ziele der Sozialdemokratie dem Volke vorzutragen. Die entschiedene Haltung unserer Partei in der preußischen Wahlrechtsfrage hat unserer Bewegung einen noch breiteren Raum geschaffen und eine größere Stoßkraft verliehen. Die Resultate dieser Tätigkeit werden, wenn nicht eher, so doch bei der nächsten Reichstagswahl in die Erscheinung treten.

Aber um das Gewonnene zu erhalten, die erlangte Erkenntnis zu vertiefen, bedarf es eines Bindemittels, das fortwährend den Kontakt der Gleichgesinnten unter einander festhält. Das ist in unserer heutigen Zeit allein die Tagespresse.

Welche Presse ist gut und dient den Forderungen des Volkes?

Die Zahl der Menschen, welche heute, im Zeitalter der Technik, und des gesteigerten Verkehrs, noch nicht Leser einer Zeitung sind, ist sicherlich sehr gering. Die Presse von heute ist die Vermittlerin zwischen dem allgemeinen öffentlichen Leben und dem des Einzelmenschen.

So soll es sein!

Aber, wie unser ganzes Gesellschaftsleben in Klassen, Gruppen und Kasten zerfetzt ist, so ist auch die Tagespresse ein Spiegelbild dieser allgemeinen Erscheinungen, die in den sozialen Verhältnissen ihre Ursache haben. So wird z. B. die von der Regierung abhängige Presse, d. h. unsere gesamte Kreisblatt- und Amtsblattpresse, dem Volke nie etwas mitteilen, was der Regierung unangenehm sein könnte. Auf den ersten Blick könnte dieses unsinnig und als Übertreibung erscheinen, aber die Praxis belehrt uns alle Tage, daß dem so ist.

Nun steht fest, daß die heutige Regierung im strikktesten Widerspruch mit der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung ihres Amtes waltet, also eine volksfeindliche Regierung darstellt. Aber die Regierung hat tausenderlei Organe, um das Volk für seine Ansichten bearbeiten zu lassen, ihr vornehmstes Instrument ist die Presse. So kommt es, daß z. B. in der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung die von der Regierung ausgehaltene und abhängige Presse das Volk entweder im unklaren gelassen, oder direkt hinters Licht geführt hat. Die machtvollen Demonstrationen des Volkes in diesen Tagen stellten die Kreis- und Amtsblätter ihren Lesern fast durchweg in einem schiefen Lichte dar oder beschimpften uns.

Wie kann also ein Mann mit normalen Denkvermögen, so fragen wir, der, ohne dieser oder jener Partei anzugehören, aber von den großen Volksströmungen unterrichtet sein will und auch andere Meinungen hören will, — wie kann ein solcher Mann Leser eines Blattes sein, das nur so schreiben darf, wie es die Regierung befiehlt?

Neben dieser von der Regierung abhängigen Presse gibt es aber noch eine andere Art, die Unternehmerpresse. Zeitungen, die von einem Unternehmerkonsortium ausgehalten werden, also die politischen und wirtschaftlichen Interessen dieser Unternehmer vertreten müssen. Es darf unwidersprochen behauptet werden, daß z. B. die gesamten größeren nationalliberalen Zeitungen in dieser Weise von einzelnen Großunternehmern subventioniert werden, andernfalls sie in den meisten Fällen nicht bestehen könnten.

Die gesamte bürgerliche Presse ist also nicht ausgesprochene Parteipresse im politischen Sinne, sondern dient den oder jenen wirtschaftlichen Gruppen in Industrie und Landwirtschaft. Selbstverständlich vertritt sie daneben auch politische Forderungen.

Alle diese Blätter stehen mehr oder weniger in bewußtem Gegensatz zu den Bedürfnissen des Arbeiters und des Kleingewerbetreibenden. Die sogenannte parteilose Presse ist ein bloßes Geschäftsunternehmen und dient ihren Besitzern lediglich dazu, um Profite zu erzielen, nicht aber, um dem Volke eine politische Richtung zu weisen.

Die wirkliche Zeitung als Organ der Allgemeinheit, die darum in jeder Beziehung frei und unabhängig ist und sein muß, und keinerlei Rücksichten auf Regierung und zahlende Unternehmergruppen zu nehmen hat, ist heute lediglich nur noch die sozialdemokratische. Die sozialdemokratische Presse in Deutschland, die in den letzten Jahren einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, und heute in jedem entlegensten Dörfchen des Reiches angetroffen wird, ist die alleinige Repräsentantin der breiten Schichten des Volkes, und wird als solche auch immer mehr anerkannt.

Die sozialdemokratische Presse ist das Gewissen des deutschen Volkes!

Wenn es gilt, den Kampf gegen eine unfähige Regierung zu führen, öffentliche Mißstände zu geißeln, und auf soziale Schäden aufmerksam zu machen, dann tritt die sozialdemokratische Presse als Rüferin und Warnerin auf. So wird diese Presse immer mehr tonangebend in unserem öffentlichen Leben. Aber nicht nur das: dabei vertritt sie klar und unerschrocken die Ziele einer Partei, welche den Fortschritt und die Freiheit auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens auf ihre Fahne geschrieben hat.

Es ist darum eine Tat von kultureller Bedeutung, der sozialdemokratischen Presse überall dort den Eingang zu verschaffen, wo sie bis jetzt noch fehlt. Alle Gleichgesinnten müssen unablässig daran arbeiten, den Leserkreis unserer Presse zu erhöhen und dadurch die das Volk täuschende gegnerische Presse unschädlich zu machen.

Leider wird in dieser Beziehung von unseren Gesinnungsgenossen nicht immer genug getan.

Nicht aus Mammonsgötzendienerei oder selbstsüchtiger Interessen willen erfüllt die sozialdemokratische Presse die ihr gestellte Aufgabe, sondern um eines hohen Zieles willen, das der Menschheit eine helle Zukunft zeigt, wo es ein Klassenwahlrecht nicht mehr geben wird.

Diesen hohen Aufgaben der sozialdemokratischen Presse wird auch der

„Lübecker Volksbote“

immer mehr gerecht zu werden versuchen. Unablässig wollen wir daran arbeiten, unsere Presse zu einem schneidigen und jeden Augenblick brauchbaren Instrument im Befreiungskampfe des Volkes zu machen.

Es muß die Zeit kommen, wo es jeder Arbeiter als eine Schande, als einen Verlust an seiner Ehre empfindet, wenn er noch ein Blatt in seiner Wohnung duldet, das von der Regierung abhängig ist und nur schreiben darf, was gewisse Leute erlauben.

Darum hinaus mit der Kreis- und Amtsblattpresse aus den Wohnungen

und das Blatt abonniert, welches unerschrocken für Recht, Freiheit und Fortschritt des Volkes kämpft, den

„Lübecker Volksboten“.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein Gesetz über die Feuerbestattung in Preußen.

Eine Korrespondenz teilt mit, daß ein Gesetzentwurf über die Zulassung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen bis auf einige Punkte, über die noch Erwägungen schwebten, abgeschlossen sei. Der Entwurf werde aber dem Landtage vorläufig nicht zugehen. Die Staatsregierung wolle vorher erst noch genauer die Stellung der Parteien zu dieser Frage kennen lernen.

Das Zentrum ist keine konfessionelle Partei.

So verkündet es die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht, wenn sie gewisse politische Ziele erreichen will. In Baden ist ein katholisches Pfarramt anderer Meinung. Es erläßt mit seinem Amtscharakter unterzeichnet eine Einladung zu einer politischen Versammlung des Zentrums. Das Inserat, welches in Nr. 62 des in Waldkirch bei Freiburg erscheinenden klerikalen „Breisgauer Volksblattes“ zu finden ist, hat den folgenden Wortlaut:

„Obersimonswald.

Nächsten Sonntag, den 20. März, vorm. 1/4 11 Uhr, ist

Volksversammlung

im „Rebstock“ zu Obersimonswald. Der Herr Abgeordnete Reinhardt wird über die Landtagsverhandlungen Bericht erstatten. Alle Männer und Jünglinge, welche über 18 Jahre alt sind, sind freundlichst eingeladen.

Obersimonswald, 16. März 1910.

Katholisches Pfarramt.

Adam, Pfr.“

Der Pfarrer Adam wird natürlich ob seiner Unvorsichtigkeit von der Kirchenbehörde die entsprechende Rüge bekommen, denn er hat die „quat Sach“ kompromittiert, aber so wie er denken und handeln alle seine Amtsbrüder, nur sagen sie nicht so plump, daß katholische Kirche und Zentrum eins sind.

Ein heiterer Blödsinn.

Das „Leipziger Tageblatt“ bringt von Zeit zu Zeit Artikel über polnische Fragen, die bei jedem Kundigen nur Lachen entlocken können. Mit großem Aplomb zitiert das Blatt polnische Blätter, es bringt eine Menge verschiedenster blutrünstiger Erklärungen in Gänsefüßchen, ohne seine Quellen anzugeben. Wir zweifeln keinen Augenblick, daß das Blatt in seinem Polenhaß zum Opfer eines Subjekts geworden ist, das ihm nach Art des vor kurzem im preußischen Landtag entlarvten Zacherschen Regierungsbureaus frisierte Berichte liefert. So bringt das Blatt einen Artikel über „neue polnische Pläne“ aus Anlaß eines in nächster Zukunft stattfindenden Kongresses der amerikanischen Polen, und in diesem Artikel lesen wir unter anderm Blödsinn:

Und über diesen Aposteln thront, profanen Auges unsichtbar, aber von Zeit zu Zeit durch Aufrufe und Direktiven vernehmbar, die Liga Polska, die ihre Zentren in Rapperswyl in der Schweiz, in Paris und in Warschau hat und von da aus an den in ihren Händen zusammenlaufenden Fäden das gesamte Polentum lenkt.

Die „polnische Liga“, das war vor Jahren der Name der Zentralleitung der Nationaldemokratischen Partei in Russisch-Polen, derselben Partei, die jetzt vor dem Zarismus in Petersburg auf dem Bauche liegt. Die Partei wird von der russischen Regierung für so gefährlich gehalten, daß sie legal existieren kann, während selbst die Kadetten von der Regierung nicht legalisiert werden.

Das genügt wohl. Auf den andern Blödsinn des Artikels einzugehen, erübrigt sich.

Redefreiheit in — Österreich.

Es ist bekannt, daß die Präsidenten des deutschen Reichstags stets, wenn sich ein Redner anschickte, einmal die Meinungen, Reden und Taten Wilhelms II. zu beleuchten, einschritten mit der Mahnung, „die Person Sr. Majestät nicht in die Debatte zu ziehen“. Die österreichischen Parlamentarier lassen sich nicht so leicht mundtot machen und üben, wenn es ihnen nötig und nützlich erscheint, an der „allerhöchsten Familie“ ausgiebige Kritik. In der Dienstagssitzung des österreichischen Reichsrats besprach Genosse Dr. Renner die Mißstände, welche die immer schärfer hervortretende Nebenregierung des Thronfolgers Franz Ferdinand mit sich bringt und sagte dabei folgendes:

„Die Flucht der geistigen Kräfte aus der Bureaukratie ist eine so offensichtliche Tatsache und kann uns im allgemeinen so gefährlich werden, daß wir auch in die Ursachen eingehen müssen. Ein Minister, das war ja seinerzeit etwas, wenigstens unter Taaffe. Allerdings unter den Habsburgern war ein Minister nie sehr viel, man nahm sie und schickte sie weg, selbst die bedeutendsten Männer, wie man einen Kammerdiener wegschickt.

Man vergaß ganz, daß diese Leute die höchsten Funktionäre im Staate sind, daß sie dem Staat dienen und nicht einer Person oder einem Hause. Aber schließlich und endlich konnte man mit der einen Tatsache rechnen, daß die Monarchie als Institution, daß das monarchische Prinzip ja darauf beruht, daß bedeutende Männer im Dienste der Krone auch Glanz und Macht der Krone mehren, daß sie moralisch und politisch von ihnen lebt. Bei uns aber ist dieses monarchische Prinzip in der Verwaltung gerade in den letzten Jahren vollständig gestört. Wir haben ja keine Monarchie mehr, keine Einherrschaft, sondern wir haben eine Dyarchie, die Konkurrenz von Schönbrunn (dem Wohnsitz des Kaisers) und vom Belvedere (dem Wohnsitz des Thronfolgers), und wir wissen, daß alle diejenigen, die Schönbrunn dienen, in demselben Moment in die höchste Ungnade des Belvederes fallen, und daß sehr tüchtige Verwaltungsfunktionäre, welche die Anerkennung des ganzen Hauses und die Anerkennung der Geschichte gefunden haben, vom Belvedere mit einem kleinlichen, mit einem satanischen Hasse verfolgt werden, wie er solcher „hohen“ Kreise gar nicht würdig ist, mit einem kleinlichen Hasse, der beinahe schon einen intellektuell und moralisch krankhaften Zug hat. Dieser satanische Haß des Belvederes verfolgt jeden einzelnen Bureaukraten, der einmal dem Staate gedient hat. Man hat im Belvedere, im Palais des Prinzen Eugen, das schon mehrere hundert Jahre steht, wo sich also schon gewisse Gespenster seßhaft gemacht haben können, die abenteuerlichsten Vorstellungen von den Aufgaben der Regierung und dem Laufe der Welt überhaupt, und so verfolgt man eine ganze Reihe von Funktionären gerade deshalb, weil sie die einzige Maßregel ergriffen haben, welche Österreich in Ordnung zu bringen angetan war, weil sie sich zum allgemeinen Wahlrecht bekehrt haben. So verfolgt man — natürlich im Verein mit den Reaktionären des Herrenhauses — den Gautsch und

den Beck und man verfolgt zeitweise auch den Körber, wiewohl nichts berechenbar und nichts sicher ist in diesen Stimmungen als der fortwährende, beinahe weibische Wechsel der Laune. Es ist nun klar, daß Männer von Charakter unter diesen Umständen in der Bureaukratie zu dienen keinen Ehrgeiz haben, daß sich aber auf der andern Seite ein Streber- und Klebervolk breit macht und herandrängt, zu allem fähig, weil zugleich zu nichts fähig, eine Gesellschaft von talentlosen Schmeichlern und interessierten Krümmlern, welche die Bureaukratie allmählich auf den Hund zu bringen imstande ist. Und zu diesen Einflüssen von oben, zu diesen vollständig unberechenbaren Einflüssen von oben, kommt der andere, nämlich der parteiliche Einfluß."

Der Präsident, Dr. Pattai, erteilte für diese Äußerungen dem Redner allerdings einen Ordnungsruf — einen „anbefohlenen", meint dazu die „Wiener Arbeiter-Zeitung". Aber dieser Ordnungsruf kam erst am Tage nach der Sitzung. Solche Störungen und Unterbrechungen, wie sie die Präsidenten des Reichstages oder gar der preußischen Trödelbude lieben, würde sich im österreichischen Abgeordnetenhause keine Partei bieten lassen.

Großindustrie und Arbeitskammern.

Der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen" — dort kurzweg der Verein mit dem langen Namen genannt — hat seine Ansichten über die Arbeitskammern in einer Resolution niedergelegt, die von Anfang bis zu Ende den Geist der verbissensten Unduldsamkeit atmet. So heißt es u. a.:

„Als eine Verschlechterung muß vor allem die Bestimmung des § 3 berechnet werden, nach der die Arbeitskammern auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken verpflichtet sind. Daß Tarifverträge für den bei weitem ausschlaggebenden Teil der Großindustrie undurchführbar sind, und ihr Abschluß zu den größten Unzuträglichkeiten führen würde, haben wir oft genug nachgewiesen. Jene Bestimmung im § 3 würde also von vornherein eine Quelle des Zwistes in den Arbeitskammern sein, deren Zweck dahin gehen soll, eine Einrichtung des Friedens zu sein. Die Verpflichtung der Arbeitskammern, die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zu fördern, sowie die Ermöglichung der Veranstaltung von Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeitskammern rechnen wir ebenfalls dahin und beziehen uns dieserhalb auf die früher von uns gefaßten Beschlüsse."

Auf der bevorstehenden Tagung der Scharfmacher sollen diese Bedenken eingehend erörtert werden und die „Kreuzzeitung" dekretiert auch bereits:

„Das Ergebnis dieser Tagung wird jedenfalls bei der parlamentarischen Behandlung der betreffenden Gesetzentwürfe die gebührende Berücksichtigung finden müssen."

Krautjunker und Schlotjunker vereint gegen die Interessen der Arbeiterklasse!

Die erste Lesung der Reichsversicherungsordnung soll in der ersten Woche nach den Osterferien beginnen. Es wird beabsichtigt, die Verhandlungen im Plenum des Reichstages so zu gestalten, daß noch vor der Vertagung die Kommission ihre Arbeiten aufnehmen kann. Ob die Kommission auch während der Vertagung des Reichstages tätig sein wird, ist noch nicht entschieden. Über diese Frage, speziell über die Weiterzahlung der Diäten, soll mit der Regierung verhandelt werden. Der Regierung soll vorgeschlagen werden, jedem der 28 Abgeordneten pro Tag 15 Mk. Diäten zu zahlen, das macht pro Tag die Summe von 420 Mk. Unter diesen Umständen wären Abgeordnete bereit, einige Wochen nach Pfingsten und einige Wochen vor dem Wiederzusammentritt des Reichstags an dem Entwurfe zu arbeiten. Dem Reiche würde diese Kommissionstagung rund 25 000 Mk. Sonderdiäten kosten. Das ganze Werk soll bis spätestens Ende April 1911 unter Dach gebracht sein.

Der Berliner Wahlrechtsspaziergang vor Gericht.

Daß die Justizbehörden auch schnell arbeiten können, ist wiederholt bewiesen worden; ganz besonders schnell geht es aber, wenn es sich um Wahlrechtsdemonstranten handelt. Am 6. März veranstalteten die Berliner Parteigenossen den äußerst gut gelungenen Spaziergang im Tiergarten. Sowohl in Treptow, dem zuerst in Aussicht genommenen Ort, als auch im Tiergarten in Berlin kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Es wurden eine ganze Reihe Sistierungen vorgenommen. Am 7. März hörte man einige Zeugen, am Tage darauf stellte der genarrte Polizeipräsident Strafantrag und am Montag (21.) stand bereits einer der Übeltäter vor den Schranken des Schöffengerichts Berlin-Mitte. Angeklagt war der Musterzeichner Scheffler, der beschuldigt wird, die Polizeibeamten, die vor dem Schlesischen Tor „die Ordnung aufrecht hielten", dadurch beleidigt zu haben, daß er Rufe, wie „Bluthunde, Strolche, Halunken usw." gegen sie ausgestoßen hat. Der Angeklagte bestreitet, sich strafbar gemacht zu haben. Er habe mit den Demonstranten nichts zu tun gehabt, sei vielmehr ständig in einer Gastwirtschaft gewesen und nur ab und zu auf die Straße gegangen, um zu sehen, was draußen los ist. Als er wieder einmal vor die Tür getreten sei, habe er mit ansehen müssen, wie berittene Schutzleute in die Menge hineingeritten seien. Vor dem Hause habe ein Kinderwagen mit zwei Kindern, von denen das eine aus Angst weinte, gestanden. Er habe sich mit dem weinenden Kinde befaßt, um es zu beruhigen. Ohne jeden Grund sei er dann von einem Schutzmann, der sich in der Nähe befand, verhaftet worden. Vier Schutzleute wollen mit Bestimmtheit in dem Angeklagten den Rufer wiedererkennen. Ein Bekannter des Scheffler sagt aus, daß er immer mit dem Angeklagten zusammen war. Er habe nur gehört, daß Scheffler in ein Hoch auf das gleiche Wahlrecht eingestimmt hat, worauf er dann sofort verhaftet wurde.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hatte auch ein Ehepaar geladen, das vom Balkon aus die Vorgänge mit angesehen hatte. Nach der Vernehmung dieser Zeugen kommt es zu einem Streit zwischen Dr. Rosenfeld und dem Vertreter der Amtsanwaltschaft. Rechtsanwalt Rosenfeld führte aus, daß auch die Vernehmung der anderen Zeugen notwendig sei. Es wären sicher weit mehr Zeugen geladen worden, wenn nicht mit einer Schnelligkeit vorgegangen worden sei, die die Ladung unmöglich gemacht hätte. Ihm sei bekannt, daß die Polizei eine Verfügung erlassen habe, nach der diese Sachen möglichst schnell behandelt werden sollen. Die Schnelligkeit sei offenbar von der Polizei und der Staatsanwaltschaft nur deshalb angeordnet worden, um dem Angeklagten die Sache zu erschweren. — Der Vorsitzende rügt auf Veranlassung des Vertreters der Amtsanwaltschaft die Auslassung, des Verteidigers, daß die Staatsanwaltschaft dem Angeklagten die Verteidigung erschwert habe.

Assessor Schmidt: Der Vorsitzende hat zwar schon die Worte des Herrn Verteidigers gerügt. Gleichwohl beantrage ich gegen den Verteidiger die Verhängung einer Ordnungsstrafe von 100 Mark.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Ich möchte zu dem Antrag erwidern, daß ich den Eindruck gehabt habe, als ob in dieser Sache eine ganz besonders große Schnelligkeit an den Tag gelegt worden sei. Es hat mir natürlich ferngelegen, die Behörde zu beleidigen.

Ein Antrag des Verteidigers, noch andere Zeugen zu vernehmen, eventuell den Prozeß zu vertagen, lehnt das Gericht ab. Nach längerer Beratung wurde der Angeklagte wegen öffentlicher Beleidigung zu einem Monat Gefängnis verurteilt. — Die Ungebührstrafe gegen Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld wurde auf 50 Mk. festgesetzt.

Gegen beide Urteile wird die nächste Instanz angerufen werden.

Dänemark.

Ein frommer Skandal. Vor etwa zwei Jahren bezeichnete eine Dame der „Inneren Mission" in Kopenhagen die Leibgarde des Königs als den Herd der Sittenverderbnis und das „Kristeligt Dagblad", das Organ der „Inneren Mission" plapperte diese Worte nach. Daraufhin bestellte der König dieses Blatt ab und entließ seinen Hofmarschall, der mit an der Spitze der „Inneren Mission" stand. Nebenbei bemerkt, ist der dänische König ein jovialer Epikureer, der Gott einen frommen Mann sein läßt und daher den Frommen schon lange ein „Dorn im Auge" war. Aber seit diesem Vorkommnis haben die Frommen eine förmliche Wut auf die Königsfamilie und sie engagierten Detektive, um einige Mitglieder derselben auf Schritt und Tritt bewachen zu lassen. Besonders den Prinzen Harald nahmen sie sich aufs Korn, der anscheinend die epikureische Ader seines Vaters geerbt hat und jetzt mit einer Glücksburger Prinzessin verheiratet ist. Jedenfalls wollten dann die Frommen mit dem auf diese Weise erhaltenen Material Repressalien gegen den König ausüben. Jetzt ist dieses fromme ekelhafte Treiben der Inneren Mission bloßgestellt und mehrere Pastoren und Adelige, die an dieser Spionage und Schnüffelei stark beteiligt, sind kompromittiert worden. Um aber der „Inneren Mission", die in Dänemark zu einer wahren Landplage ausgewachsen ist, zu Leibe gehen zu können, hat der Justizminister eine Untersuchung angeordnet. Dabei ist bis jetzt schon ein für die Innere Mission geradezu niederschmetterndes Material zusammen gekommen. Nicht nur Berufsdetektive, sondern auch Missionsdamen in männlicher Verkleidung folgten dem Prinzen und allen denen, die mit ihm verkehrten. Ein gutes Stück Geld haben es sich die Frommen kosten lassen, vor den verwerflichsten Mitteln sind sie nicht zurückgeschreckt, um ihren Zweck zu erreichen. Trotzdem haben sie nichts entdeckt. Der junge Mann hat sicherlich nicht besser und nicht schlechter gelebt, als diese Frommen in ihren jungen Jahren selbst. Aber das Ende der ganzen Geschichte wird eine Anklage sein, die der ganzen „Inneren Mission" im Lande einen starken Stoß versetzen wird. Und das ist das beste bei diesem Skandal.

Österreich-Ungarn.

Skandal im ungarischen Reichstage. Die vorletzte Sitzung des ungarischen Reichstages brachte einen unerhörten Skandal. Als der Ministerpräsident erklärte, er wolle nur dem Vorwurf entgegentreten, daß die Auflösung des Abgeordnetenhauses ungesetzlich sei, machte die Unabhängigkeitspartei einen solchen Lärm, daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Als Graf Khuen schließlich wieder zu sprechen versuchte, fing von neuem ein furchtbares Gebrüll und Gejohle an. Der Abg. Zacharia schrie den Ministerpräsidenten an und warf mit einem Buch nach ihm. Jetzt erhob sich ein allgemeiner Tumult und es folgte ein förmlicher Sturm auf die Ministerbank. Mit Zündholzständern und Büchern wurde ein regelrechtes Bombardement auf den Ministerpräsidenten eröffnet, der aus mehreren Wunden stark blutete. Der Honved- und der Ackerbauminister, die den Ministerpräsidenten zu decken versuchten, wurden ebenfalls verletzt. Die Sitzung mußte suspendiert werden. Die Minister hielten hierauf eine Besprechung ab, wobei beschlossen wurde, der letzten Sitzung nicht beizuwohnen. Erzherzog Joseph wird das Auflösungsdekret vor dem Abgeordnetenhause verlesen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung drückte der Präsident sein Bedauern über den Vorfall aus und sprach die Erwartung aus, daß die Beteiligten sich melden würden. Abg. Hanczi rief: Es ist eine Feigheit, sich nicht zu melden. Graf Apponyi sagte, für diese Tätlichkeiten gäbe es keine Entschuldigung. Schließlich erklärten die Abgeordneten der Justh-Partei Siegmund Eitner, Zacharias, Ludwig Beck und Otto Hoffmann, daß sie es gewesen seien, die gegen die Ministerbank Hefte und Bücher geworfen haben. Sie baten das Abgeordnetenhaus für ihr ungebührliches Benehmen um Verzeihung.

Italien.

Rücktritt des Kabinetts Sonnino. Wie die „Agenzia Stefani" meldet, gab Ministerpräsident Sonnino im Hinblick auf die parlamentarische Lage seine Entlassung. Der König behielt sich die Entscheidung vor. Die Minister bleiben mit der Führung der laufenden Geschäfte betraut.

Rußland.

Eine echt russische Gemeinheit. Kürzlich hat sich in der Duma ein Vorfall abgespielt, der in seiner Roheit nur eine Parallele hat in jener berüchtigten Debatte des preußischen Dreiklassenparlaments, in der der damalige Minister v. Hammerstein den Fall Janina Versor zur Sprache brachte. In einer Rede über die Petersburger Universität behauptete der Führer der Echtrussen und Mitarbeiter der „Kreuzzeitung", Purischkewitsch, daß sich im Studentenausschuß der Universität eine Jüdin befände, das Juristenweibchen genannt, die in intimen Beziehungen zu allen Mitgliedern des Seniorenrates stehe. Darauf erhob sich im Saale ein ungeheurer Lärm. Die Linke rief Purischkewitsch Schmähworte zu und verlangte dessen Ausweisung. Der Präsident erklärte, der Redner müsse, was er gesagt habe, auf sein Gewissen nehmen. Der Kadettenführer Miljukow forderte Purischkewitschs Ausweisung und begann einen Wortstreit mit dem Präsidenten. Ununterbrochene Zurufe links und Beifallklatschen rechts veranlaßten den Präsidenten, die Sitzung zu schließen. Nach deren Wiedereröffnung entzog der Präsident Purischkewitsch das Wort, und erteilte Miljukow wegen seines Verhaltens eine Rüge. — Im Zusammenhang mit den Zwischenfällen legte Chomjakow das Amt des Präsidenten nieder und meldete seinen Entschluß brieflich dem ersten Vizepräsidenten.

Die Reichsduma schritt bei vollbesetztem Hause gestern abend zur Wahl des neuen Präsidenten. Die Sozialdemokraten, die Arbeitsgruppe und die Kadetten enthielten sich der Abstimmung und verlasen Erklärungen, in denen sie ihre Stimmenthaltung mit dem Hinweise darauf begründeten, daß das Präsidium der dritten Duma deutlich dem rechten Flügel der Duma zuneige, die Interessen der Minderheit ignoriere und zulasse, daß die Tribüne der Duma zu einer provokatorischen Waffe gemacht werde zum Zwecke der Diskreditierung der Volksvertretung Rußlands. Zum Präsidenten wurde mit 221 gegen 68 Stimmen der Führer der Oktobristen, Gutschkoff, gewählt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 22. März

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! Über die Bauten der Firma Torkuhl in Krückniß (Zwischenmeister Mädel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Trinkt kein Lütjenburger Bier und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Boll, Lütjenburg, organisierten, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter meidet das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Boll, Lütjenburg.

Die Bürgerschaft fand gestern wieder eine reichbesetzte Tagesordnung vor, an deren Erledigung von vornherein nicht zu denken war. Zunächst wurde die Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Änderung der Bestimmungen über die Baugewerkschule gewählt. Der Wortführer versuchte seiner eigenartigen „Unparteilichkeit" dadurch möglichst scharf Ausdruck zu geben, daß er es sorgfältig vermied, auch nur einen Abgeordneten der zweiten Wählerklasse auf die Vorschlagsliste zu setzen. Daß auf diese Weise die Absicht, Sozialdemokraten von Bürgerschaftskommissionen auszuschließen, leicht erreicht wird, zeigte das Resultat der Wahl. Gen. Stelling, der von freisinniger Seite mit vorgeschlagen wurde, blieb in der Minderheit. Sicherlich hat die Arbeiterschaft ein großes Interesse daran, ob die Baugewerkschule aufgehoben wird oder nicht. Deshalb schließt die Geldsack-Mehrheit der Bürgerschaft auch ihre Vertreter von der kommissarischen Prüfung dieser wichtigen Frage aus.

Die ersten Senatsanträge betrafen die Herstellung von Radfahrwegen sowie die Feststellung von Wege- und Sielbauarbeiten im kommenden Rechnungsjahre. Von unseren Genossen Möller, Dr. Schlomer, Effinger und G. Ehlers wurden mancherlei Wünsche geäußert und Anregungen gegeben, deren Erfüllung resp. Berücksichtigung in Aussicht gestellt wurde. Genosse Möller ersuchte dringend um weitere Herabsetzung der Radfahrabgabe. Bezeichnend ist es, daß von den meisten bürgerlichen Rednern gerade die Herstellung der Radfahrwege bekämpft wurde, die hauptsächlich von Arbeitern benutzt werden dürften. Schließlich wurde die Vorlage betr. Herstellung von Radfahrwegen an eine Kommission verwiesen, in die ausnahmsweise auch der Genosse Möller gewählt wurde. Hoffentlich nimmt diese Kommission auch zur Ermäßigung der Fahrradabgabe im volkstümlichen Sinne Stellung.

Vom Genossen Stelling wurde auch die Entlassung einer ganzen Anzahl Arbeiter seitens der Baudeputation zur Sprache gebracht und um Auskunft darüber ersucht, weshalb diese Entlassung von Leuten, die bereits mehrere Jahre, einer sogar acht Jahre, beim Staat tätig waren, erfolgt ist. Die Auskunft vom Senatstische war in keiner Weise befriedigend: Nichts Genaues weiß man nicht; jedenfalls war keine Arbeit und kein Geld mehr vorhanden. Genosse Stelling betonte mit Recht, daß Arbeit genug vorhanden ist. Die Entlassungen seien direkt auffallend. Verfolge man damit vielleicht eine versteckte Absicht?

Die Vorlage eines Bebauungsplanes für Moisling begrüßte Genosse Dr. Schlomer, doch wünschte er vor allem aus sanitären Gründen erst ordentliche Siel- und Abwässerungsverhältnisse. Redner rügte noch verschiedene in Moisling bestehende Mißstände. Das rief den Gemeindegewaltigen von Moisling, Herrn Tegtmeyer, auf den Plan, der in unfreiwillig-komischer Weise unserem Genossen antwortete und damit große Heiterkeitserfolge erzielte.

Zu einer lebhaften Debatte, an der sich nur Schulmänner beteiligten, gab die Ablösung der Übungsschule vom Lehrerseminar Veranlassung. Die Herren Hauptlehrer Schulmerich und Reimpel befürchteten von der Vorlage, die einzig von Sparsamkeitsrücksichten diktiert ist, Nachteile für das Seminar. Herr Schulrat Dr. Wychgram bestritt das und befürwortete die Senatsvorlage anscheinend mit guten Gründen. Dennoch konnte man das Gefühl nicht los werden, als ob von ihm die Bürgerschaft in Watte eingewickelt würde. Der Antrag Schulmerich auf kommissarische Beratung der Vorlage wurde von der Mehrheit der Bürgerschaft, die anscheinend die Volksschule und deren Lehrerseminar als bestes Sparobjekt ansieht, abgelehnt.

Als letzter Senatsantrag gelangte die Vorlage auf Errichtung von vier Oberlehrerinnenstellen an der Ernestinenschule zur Beratung und Annahme. Oberlehrer Dr. Gilbert, der erst in der vorletzten Sitzung nicht unwesentlich zur Belustigung des Publikums durch die Bemerkung beigetragen hatte, daß er eine Kommissionsberatung der Baugewerkschule für den Knoten des Damokles halte, bewährte sich wieder als geborener Spaßmacher, indem er meinte, die Erhöhung des Schulgeldes zur Ernestinenschule sei ein Unrecht gegen die Eltern, denen der liebe Storch immer Mädchen bringt, welche später Mütter statt Väter werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung war die Übernahme der Kosten der antisozialdemokratischen Rechtsauskunftsstelle durch den Staat. Da die Mitglieder der vereinigten bürgerlichen Parteien eine längere Diskussion über den Gegenstand befürchteten, so beschlossen sie, gegen den Protest unserer Genossen, diese Vorlage mit der Budgetberatung zu verquicken. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Kartellversammlung. Die am Montag dem 21. März abgehaltene Kartellversammlung beschäftigte sich zunächst mit den Jahresberichten und Abrechnungen vom Gewerkschaftskartell und der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats; beide lagen der Versammlung gedruckt vor und wurden genehmigt. Die alte Kartellkommission wurde einstimmig auf ein Jahr wiedergewählt. Aus der Aufsichtskommission des Arbeitersekretariats schieden die Genossen Erdmann und Rorin aus, und wurden an deren Stelle die Genossen Zimmermann und Welcher gewählt; sonst blieb auch diese Kommission in ihrer alten Zusammensetzung bestehen. Vom Vorsitzenden wurde noch berichtet, daß die Angelegenheit mit dem Verband der Hausangestellten geregelt sei und diese sich jetzt dem Kartell angeschlossen hätten. Die Bauhilfsarbeiter meldeten dem Kartell, daß sie am 1. April 1910 in eine Lohnbewegung eintreten werden. Beschlossen wurde, das Herbergswesen in der nächsten Kartellversammlung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Gastwirtsgehilfen wünschen, daß die Gewerkschaften bei Abhaltung von Festlichkeiten, Ausflügen usw. darauf achten, daß die Bedienung in den Händen von organisierten Kellnern liegt. Die übrigen Eingänge waren nicht von Belang.

Postalisches. Nach den bestehenden Bestimmungen soll die Aufschrift der durch die Post zu befördernden Pakete — und zwar der Name des Bestimmungsortes besonders groß und deutlich — unmittelbar auf die Umhüllung selbst geschrieben werden. Wo dieses nicht angängig, ist sie auf einem der ganzen Fläche nach fest aufgeklebten oder sonst unlösbar auf der Umhüllung befestigten Papier usw. anzubringen. Nur wenn auch dies nicht möglich ist, können haltbar zu befestigende Fahnen aus Pappe, Pergamentpapier, Holz oder sonstigem vollkommen festem Stoffe benutzt werden. Bei Sendungen in Leinewandverpackung mit Fleischwaren und anderen Gegenständen, die Feuchtigkeit, Fett, Blut usw. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden, sondern sie ist, wenn sie nicht auf der Leinewand selbst niedergeschrieben werden kann, auf einem Stück starker Pappe oder Holz anzubringen, das an dem Paket durch Aufnähen oder Aufschnüren haltbar befestigt werden muß. Gegen diese Vorschriften wird vielfach verstoßen; insbesondere werden die Aufschriften so mangelhaft befestigt, daß sie unterwegs verloren gehen. Infolgedessen müssen die Sendungen, sofern nicht aus ihrem Inhalte die Person des Empfängers oder des Absenders zu ersehen ist, in verhältnismäßig zahlreichen Fällen schließlich verkauft oder beseitigt werden. Es kann deshalb nicht dringend genug empfohlen werden, die obigen Bestimmungen allgemein — besonders aber während des gesteigerten Verkehrs der bevorstehenden Oster- und Pfingstzeit — genau zu beachten.

Tötung von Katzen. Gartenbesitzer halten sich häufig für berechtigt, jede Katze, die sich auf ihrem Gehöft blicken läßt, zu fangen und zu töten. Sie seien deshalb darauf aufmerksam gemacht, daß sie über ihr Recht hinausgehen. Durch den Notwehr-Paragraphen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 228) hat der Gartenbesitzer allerdings das Recht, eine seinem Eigentum drohende Gefahr durch Selbsthilfe abzuwenden. Aber im § 230 wird dieses Recht wesentlich eingeschränkt. Die Selbsthilfe darf nicht weitergehen, als zur Abwendung der Gefahr erforderlich ist. Handelt es sich nun um Vögel, die in dem Garten bauten und die vor den Katzen geschützt werden sollten, so fehlt obendrein hier der Eigentumsbegriff, denn die freilebenden Vögel gehörten dem Gartenbesitzer nicht. Die scheinbar so einfache Rechtslage wird also verwickelt, und solch Katzenprozeß wird zuungunsten des Katzentöters entschieden werden müssen. Auch das Anlocken von Katzen aus weiter Ferne mittelst Baldriankatzen usw. bedeutet eine Verletzung des Eigentumsbegriffs, die durch Notwehr nicht als erfordert angesehen werden kann.

pb. **Diebstahl.** Am 21. ds. Mts. gegen 1 Uhr sind aus einem unverschlossenen Kontor an der Untertrave 326 Mark abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Unter dem Gelde befanden sich 2 Einhundertmarkscheine.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Theresienhof, der sich eines Einbruchsdiebstahls in einer Milchwirtschaft bei Karlshof schuldig gemacht hat.

Neues Stadttheater. Herr Regisseur Ernst Albert, dessen vorjähriger Schwank „Die tolle Prinzeß" bisher an 30 Bühnen mit großem Lacherfolg, wie auch hier, gegeben worden, hat wieder einen lustigen Schwank geschrieben, „Die Erbtante" betitelt, der seine Uraufführung hier Anfang April am Stadttheater erlebt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Am Mittwoch gelangt bei ermäßigten Mittwochs-Preisen Schillers „Wallensteins Tod" zur nochmaligen Aufführung. — Am Donnerstag geht hier zum ersten Male das wirkungsvolle Schauspiel „Leonarda" von Björnsons in Szene. — Die Bühnen- und Orchester-Proben zu dem gewaltigen Musik-Drama „Salome" von Strauß sind nunmehr in vollem Gange, und dürfte das Werk voraussichtlich Anfang April zum ersten Male zur Aufführung gelangen.

Hamburg. Vom Scharfmachertum an der Unterelbe. Aus dem Jahresbericht des Arbeitgeberverbandes Unterelbe geht hervor, daß im Berichtsjahre 1909 an Streikentschädigungen für 130 476 Manntage 142 141,20 Mk. beantragt wurden gegenüber 27 838,90 Mk. für 41 454 Manntage in 1908. Diese Steigerung ist in der Hauptsache zurückzuführen auf die im Sommer 1909 im Bezirk des Vierstädtebundes stattgehabte Aussperrung im Baugewerbe, an der eine größere Zahl der Mitglieder, die fast ausschließlich den Nebengewerben der Baubranche angehören, beteiligt war. In den übrigen Bezirken waren die Ansprüche geringer als im vorhergehenden Jahre, da die Ausstandsbewegung gegen früher erheblich schwächer war. Unter Hinweis auf die rege Agitationstätigkeit der Sozialdemokratie (von 30 000 besoldeten Agitatoren wird geschwindelt) wird die Mahnung an die bürgerlichen Parteien gerichtet, auch ihrerseits unablässig zu rüsten. So unzufrieden die Scharfmacher mit dem Hansabund sind, um so zufriedener sind sie mit der Regierung. Sie freuen sich, daß die Blockpolitik ein Ende erreicht hat, weil sie den Erwartungen der Arbeitgeber gewisse Enttäuschungen gebracht habe. Dagegen spräche der bisherige Anschein dafür, daß unter der neuen Ära der sozialpolitische Standpunkt des Unternehmertums eine „unparteilichere Würdigung" finden werde. Dafür zeugen vor allem die entschlossene Art und Weise, in der vom Regierungstische aus im Laufe der letzten Monate der „Ansturm auf die Arbeitsnachweise" der Arbeitgeber zurückgewiesen seien. Das ist die erste und einzige öffentliche Kundgebung, die sich bisher für das System Bethmann-Hollweg rückhaltlos ausgesprochen hat. Damit ist auch gleich der ganze Kurs gekennzeichnet, ein Kurs, der mit aller Schärfe gegen die Arbeiterkasse gerichtet ist."

Neumünster. Das Kriegsgericht der 17. Division trat Sonnabend zusammen zur Aburteilung des Musketiers Paul Bachmann vom 163. Inf.-Regt. In der Nacht zum 22. Februar verließ der Angeklagte ohne Urlaub die Kaserne, begab sich zu seiner Geliebten, dem 18jährigen Dienstmädchen Marie Rieck, und überredete dieses, mit ihm in den Tod zu gehen. Das Mädchen willigte ein, schrieb auf einen Zettel Abschiedsworte an die Mutter und ließ sich dann mit einem Messer die Pulsadern von beiden Händen durchschneiden. Als Bachmann sah, daß das Mädchen infolge des starken Blutverlustes bewußtlos im Bett lag, glaubte er, der Tod wäre bereits eingetreten. Der Soldat fand jedoch nicht den Mut, auch Hand an sich selbst zu legen, er lief davon und brachte die Tat zur Anzeige. Das Mädchen wurde mit vieler Mühe und Not gerettet, doch werden die Hände wohl für immer gelähmt bleiben, denn die Sehnen haben zu stark gelitten. Das Mädchen, in der Verhandlung zugegen, ist noch so schwach, daß es mehrfach in Ohnmacht fiel. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, der wegen seiner Tat keinerlei Reue zeigte, zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Bremen. Arbeiter-Wohnungsfürsorge. In Bremen hat sich ein Verein zum Bau von Arbeiterwohnungen gebildet, der jetzt an den Staat herangetreten ist, ihm 587 000 Quadratmeter Staatsgelände auf Erbbaurecht für vorläufig 60 Jahre zu übertragen. Der Verein beabsichtigt auf diesem Gelände Arbeiterwohnungen, durchweg Einfamilienhäuser zu errichten. Die hanseatische Landesversicherungsanstalt in Lübeck hat sich bereit erklärt, zunächst eine halbe Million Mark für den Bau von 100 Arbeiterwohnungen zur Verfügung zu stellen, wenn der bremische Staat sich verpflichtet, die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen. Sie erklärt sich ferner bereit, wenn ihre Mittel es gestatten, diese Summe auf 2 Millionen Mark zu erhöhen. Der Bremer Verein für Arbeiterwohnungen muß sich der Landesversicherungsanstalt gegenüber verpflichten, die Mietspreise für die Wohnungen nicht höher anzusetzen, „als für die Entrichtung des Erbbauzinses, für die Verzinsung und Tilgung des Baukapitals, für die Instandhaltung der Gebäude, für die Deckung der Unkosten in angemessenem Umfange, für die vom Verein notwendig erachtete Rücklagen erforderlich ist. Die Gesamtsumme der Mieten darf 6¾ Proz. des Anlagekapitals, einschließlich des mit 4 Proz. zu kapitalisierenden Erbbauzinses nicht überschreiten." Der Vorstand des Vereins muß seine Tätigkeit ehrenamtlich ohne jede Vergütung ausüben. Es wird versichert, daß Vorsorge in hinreichendem Maße getroffen ist, damit der Verein die gemeinnützige Basis, auf der er gegründet sei, nicht verlassen könne. — Sozialdemokratische Anträge Beim Bürgeramt sind zur Beratung in der Bürgerschaft folgende sozialdemokratische Anträge eingegangen: 1) Dem § 25 des Gesetzes betr. die Rechtsverhältnisse der Beamten ist folgende Bestimmung anzufügen: Jedoch darf in der politischen und religiösen Betätigung des Beamten innerhalb des strafgesetzlichen Rahmens eine Verletzung der vorstehenden Verpflichtung nicht erblickt werden. 2) Die Bürgerschaft beschließt für die Wahlen zur Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen einzuführen und die Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem vorzunehmen. Sie ersucht den Senat, dem Beschluß zuzustimmen.

Spieka, (Kreis Stade.) Ein großes Schadenfeuer brach in der Nacht auf Sonntag im benachbarten Knill aus. Der um 1 Uhr aus Nordholz zurückkehrende Lehrer Heuning sah, wie aus der Scheune von E. Harms eine mächtige Feuergarbe emporstieg und weckte sofort die Familie H. und die Nachbarn. Als aber Hilfe zur Stelle war, bildete die ganze große Scheune bereits ein Flammenmeer, sodaß das Vieh nicht mehr gerettet werden konnte. 8 Stück Hornvieh und 40 Schweine verbrannten. Die Feuerwehr vermochte das gefährdete Wohnhaus zu schützen. Das jenseits der Straße liegende, wie die Scheune strohgedachte alte Schulhaus, das der Arbeiter Heins bewohnte, fing jedoch Feuer und brannte total nieder. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Standesamtliche Nachrichten

vom 13. bis 19. März 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

7. März. Beamter der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft P. A. F. Maaß. 9. Arbeiter W. C. J. Wandschneider. Ober-Straßenbahnwagen-Kontrolleur J. J. L. A. M. W. Schultz. 10. Friseur A. A. O. A. David. 11. Feuerwehrmann C. W. J. Gielau. Tischler F. H. Popp. Schuhmacher E. E. Ronke. 12. Bahnarbeiter H. G. A. Krohn. Maler A. J. E. W. Hackmann. Schlachter H. W. L. Palm. Arbeiter H. J. C. Meins. Schlosser J. C. H. Wiebcke. Arbeiter H. J. H. Fürß (Schönböcken). Arbeiter J. G. Ch. Görtz. Gärtner H. H. Ch. Renzow. 13. Arbeiter E. A. H. J. Hagemeyer. Schlosser A. H. F. Wulf. Maurer H. F. Ch. J. M. Jäger. 14. Kutscher G. E. P. W. Gasau. Arbeiter F. F. Grätsch. Postbote K. H. Heine. 15. Seemaschinist H. H. J. Schott. 16. Arbeiter W. M. Hase. 17. Arbeiter C. A. F. Brackmann. Domänenpächter G. H. F. J. E. W. Lauenstein (Schönböcken). 18. Wärter M. A. J. F. L. Wulf.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

6. März. Motorbootführer J. H. W. Möller. 7. Kaufmann H. K. A. Goebler. 8. Pensionsberechtigter Hilfsarbeiter bei dem Finanz-Departement J. C. G. Helmers. 9. Tischler E. G. O. Rocklin. 10. Kaufmann P. H. F. Köhn. Kaufmann C. M. Delfs. 11. Lokomotivputzer C. H. Evermann. Buchhalter K. F. Schuster. 12. Arbeiter D. Boruzky. Kontorbote O. F. K. Schmidt. Hauptmann im Infanterie-Regiment Lübeck, A. K. L. J. Blanck. Vizefeldwebel K. H. J. Vick. Kaufmann F. Ch. F. Baade. 13. Möbelfabrikant H. F. J. Brand. 14. Krämer H. A. Burmester. Straßenbahnführer P. Ch. Leers. Arbeiter W. J. L. H. Kapinos. Stellmacher J. Ch. W. Möller. Eisenbahn-Wagenschieber K. H. J. Rohde. 15. Erbpächter J. Ch. H. Edler (Krempelsdorf). 16. Ingenieur F. O. K. Sauer. Arbeiter J. H. H. Robrahn. Maurerpolier R. C. H. Lembcke.

Angeordnete Aufgebote.

14. März. Gärtner F. A. Dörl in Ballenstedt am Harz und E. F. G. Fleischmann. Schneider H. H. Schlesselmann und H. E. B. Meyer in Travemünde. Eisendreher L. H. Evers und E. E. C. Nawrot. Bautechniker F. H. C. Deistler und E. J. H. M. Bahr. Tischler G. H. E. Wängler und M. J. M. W. Michals in Schönwalde. Stellmacher H. F. G. Sühr in Rostock und F. M. H. Kunkel in Bruel. 15. Schlachtermeister G. Simon in Solingen und A. C. E. Oldenburg. Bäcker H. C. F. J. L. Bössow und J. M. Gräf. Arbeiter Chr. H. J. Wendt und Witwe E. P. Cords geb. Winkler. Bäcker W. C. K. H. Stephan und E. M. C. S. Brandt. Schlosser R. J. H. J. Heuer und A. J. C. C. Böttcher. Friseur H. A. F. Gültzow und E. Braune. Tischler K. L. W. Bandholz und A. M. A. Kuklinski, beide in Moisling. Zimmermann H. E. Jahn und W. L. C. Bröer, beide in Kröß. Schlosser F. F. W. Ch. Düsterdieck und E. E. W. Kellmann in Grevesmühlen. 16. Arbeiter J. H. J. Hinz und E. E. Schmeling in Krempelsdorf. Kaufmann H. Chr. R. M. Heidtmann und M. S. D. Tiedemann. Kaufmann P. W. K. Schlegel und E. J. M. Renzow. Tischlermeister K. W. Festerling und J. J. Weingaertner in Wismar. 17. Zuschneider H. Clausen und M. C. J. M. Kortüm, beide in Hamburg. Schmiedegeselle K. W. J. Lüth und A. D. Krohn in Groß-Steinrade. Buchhändler P. A. Dawartz und F. N. Dawartz in Schwartau. Tischlergeselle K. H. Neumann und M. M. J. Volckmann, beide in Hamburg. Steindrucker F. O. R. L. M. Rehn und B. M. M. D. Prüßmann. Arbeiter H. C. J. Rötgert und H. L. S. Engel. Arbeiter H. J. F. Kempcke und F. S. Ch. M. Dettmann in Pingelshagen. 18. Kaufmann E. F. C. Heims in Schwartau und C. Ch. D. E. G. Baumann in Holm. Arbeiter C. J. A. Tode und M. E. Kallet in Niemaschkleba. Eisenbahn-Wagenschieber H. F. Ch. Klopp und W. M. E. Meier in Ober-Büssau. Former C. H. W. Matthießen und H. S. Johnsen in Stockelsdorf. Handlungsgehilfe L. P. Hansen in Bant und E. W. S. L. Schütt. Kutscher A. Bahlo und M. A. Ch. Meinß. 19. Tischler P. R. Westphal in Niendorf a. d. Ostsee und M. F. W. Stägemann in Stavenhagen. Sergeant H. J. G. J. Nehlsen in Trier und J. M. A. W. Niebuhr. Buchbinder E. E. Meyer in Hamburg und A. W. Ch. Tieß. Expedient O. E. Schlicht und A. D. E. Wigger. Kaufmann F. W. Randolff und M. D. H. Roggenkamp. Arbeiter J. H. H. Derlin in Krummesse und M. M. M. Schütt.

Eheschließungen.

15. März. Wirt E. G. H. A. Ehlert und M. M. R. Carlsen. 16. Wäschereibesitzer P. H. F. Duncker und A. M. Mau. 17. Königlicher Forstaufseher W. K. H. Woeckner in Hemeln und A. E. Hasselbusch. 18. Assistent am Hygienischen Institut Doktor der Medizin R. F. W. A. Balck in Rostock und A. E. H. A. Engel. 19. Telegraphen-Vorarbeiter J. H. L. Gäth und M. C. L. Kassow. Arbeiter A. C. W. Schulze und M. A. E. Möller. Maschinenbauer P. F. W. Fischer in Vorwerk und F. M. Berlin. Musiker H. K. Ch. J. Delfs in Mölln und A. C. F. E. Tiemeyer in Mölln.

Sterbefälle.

März. 11. C. E. geb. Leopold, Ehefrau des Arbeiters H. Dücker, vorher verwitwete Meyer, 49 J. Gefunden in der Untertrave die Leiche einer unbekannten Person weibl. Geschlechts. 12. Ein totgeborener Knabe, V.: Chauffeur J. H. G. Brockmöller. Gärtner J. J. Chr. Scheel, 48 J. 13. E. F. H. R. Redelberger, 2 J. Bürstenmacher H. J. M. Hagenström, 53 J. W. K. H. J. J. Johannsen, 3 J. Schiffer J. P. Chr. Westphal, 77 J. L. D. P. geb. George, Ehefrau des Malers F. H. W. Flottow, 44 J. W. C. M. Kühl, 3 M. 14. M. E. Kirchner, 80 J. Handlungsreisender L. J. Baer, 55 J. G. D. K. F. Meier, 5 J. Lackierermeister A. Chr. Kruse, 42 J. M. S. E. geb. Darnehl, Witwe des Oberlotsen a. D. J. H. R. Bagt, 78 J. Ein Mädchen, ½ Stunde, V.: Krämer H. A. Burmester. 15. K. B. W. Muhlack, 10 M. Zimmermeister H. C. W. Molge, 58 J. Privatmann G. S. J. Heller, 90 J. Ein totgeborenes Mädchen, V.: Schneidermeister H. C. Chr. Zieß. Altenteiler W. H. M. Sattler, 62 J. 16. Arbeiter J. Chr. F. Dreger, 67 J. A. S. E. geb. Wulf, Witwe des Kaufmannes A. S. Grundmann, 72 J. 17. M. C. geb. Godknecht, Witwe des Schmiedemeisters J. H. Stenz, 65 J. F. J. M. geb. Plötzer, Witwe des Gastwirts A. B. Stehr, 62 J. (Heidekamp). F. E. geb. Hardt, Ehefrau des Arbeiters A. Chr. F. Martens, 46 J. 18. C. Chr. J. Fischborn, 12 J. Früherer Bäcker E. J. L. Chr. Jörs, 68 J. Kupferschmied C. J. H. Hamann, 48 J. Chr. W. geb. Strobach, Witwe des Schlossers C. E. Kanold, 76 J. 19. E. M. E. geb. Voß, Witwe des Tagelöhners H. Behnke, vorher verwitwete Hühn, 78. J. Arbeiter G. A. Eck, 58 J.

Genossenschaftsbewegung.

Die Beamtenkonsumvereine im preußischen Abgeordnetenhause. Während in diesem Jahre der Reichstag sich mehr als sonst mit den Konsumvereinen beschäftigte, ging die Beratung des Etats des preußischen Handelsministers im preußischen Abgeordnetenhause vorüber, ohne daß die sonst bei dieser Gelegenheit erhobenen Angriffe gegen die Konsumvereine erneuert worden wären. Das Handwerkergenossenschaftswesen wurde zwar ziemlich eingehend behandelt, die Konsumvereine erwähnte aber nur Herr Hammer, der Vorsitzende des Ausschusses des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften. Und auch er behandelte nur die Beamtenkonsumvereine, über die er am 8. März ausführte:

> Es kommt noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht: die Gesundheit der Gesellen und Lehrlinge. Sie haben die Nacht da zu arbeiten, und wenn da schlecht abgedichtete Abfallrohre, feuchte Wände, mangelhafte Lüftung gefunden werden, dann verlangt es doch das Gebot der Humanität, dagegen einzuschreiten. So hoch man den Gesichtspunkt schätzen kann und schätzen muß, bestehende Werte nicht zu vernichten, so hat das alles doch seine Grenzen.

Der preußische Handelsminister kann ja von den patentierten Mittelstandsschützern nicht gut der Übertreibung beschuldigt werden wie die meisten anderen Leute, die das unappetitliche Kapitel der Unsauberkeit im Bäckereikleinbetriebe erörtern. Nun muß sich nur darüber wundern, daß unter solchen Verhältnissen hergestelltes Brot noch Abnehmer findet. Heutzutage braucht doch eigentlich niemand mehr Brot vom Kleinbäcker zu kaufen, die Konsumvereinsbäckereien und auch andere Großbetriebe liefern Backwaren genug, die in hygienisch einwandfreier Weise erzeugt wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Soldatenschinder verurteilt. Ganz besonders scheußlicher Soldatenschinderei machte sich der Sergeant Kaspar vom Oschatzer Ulanenregiment schuldig. Er wurde vom Kriegsgericht der 23. Division wegen Mißhandlung in 70 Fällen zu 9 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Einen Mann hat er u. a. mit der Reitpeitsche geschlagen, daß er drei Tage lang das Bett hüten mußte; einen anderen hat er mit der Lanze auf den Kopf geschlagen, daß das Blut unter dem Helm hervordrang. Stöße und Schläge mit der Reitpeitsche waren bei ihm an der Tagesordnung. Zur Verhandlung waren 50 Zeugen geladen. Weiter wurde der Vizewachtmeister Schmidtgen, der Sergeant Mentschel und der Unteroffizier Gerlach von demselben Regiment zu 6 bezw. 5 Wochen Gefängnis verurteilt, ebenfalls wegen Mißhandlung Untergebener. Sämtliche Angeklagten gaben die Schuld der ungenügenden Aufsicht durch die Offiziere des Regiments. Die Mißhandlungen lagen ca. 2 Jahre zurück.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete", und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

HERREN-KONFEKTION

Jackett-Anzüge	aus Buckskinstoffen, in modernen Frühjahrs-Fassons	34^{50}	26^{50}	21^{50}	16^{50}
Jackett-Anzüge	aus Kammgarn, Cheviot und Stoffen im englischen Charakter	42^{00}	35^{50}	28^{00}	24^{00}
Blaue Sportanzüge	ein- und zweireihig	48^{00}	33^{00}	26^{50}	18^{50}
Herren-Anzüge	in moderner schwarz-weißer Ausmusterung	42^{50}	31^{00}	24^{50}	17^{00}
Frühjahrs-Paletots und Ulster	moderne Stoffe in solider Verarbeitung	56^{00} bis	33^{00}	24^{50}	18^{00}

Knaben-Anzüge Norfolk-, Jacken- bezw. Blusen-Fassons 24.00 bis 5^{50} 3^{75} 2^{25} ‖ **Knab.-Leibch.-** bezw. **Kniehosen** aus Buckskin-, Kammgarn- und Cheviot-Stoffen 2^{95} 2^{25} 1^{35} 75 Pfg.

HOLSTENHAUS

G. m. b. H. Holstenstrasse 25/33.

Ganz frisch eingetroffen:

2. Sorte Meiereibutter

per Pfd. 1.40 Mk.

Königstr. 98. **Th. Storm Nachf.** Fernspr. 473.

TURUL

STIEFEL

Jedes Paar
Specialmarke 7^{25} M
Original
Goodyear Welt 9^{50} M

Alfred Fränkel
Com.-Ges.
Lübeck
Breitestr. 49.
Verkaufsstellen in allen größeren Städten Deutschl.

Kopf und Bein Pfd. 20 Pfg.
frische Kochrippen „ 20 Pfg.
fa. Schweinefleisch Bratenstücke pro Pfd. **70 Pfg.**
ger. Schweinsbacf. Pfd. **75 Pfg.**
Prima dicke Flomen pro Pfd. 75 Pfg., bei Abn. v. 4 Pfd. pro Pfd. **70 Pfg.**
Prima weißes Schmalz v. nur eig. Schlachtungen, pro Pfd. 85 Pf., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd. **80 Pfg.**
Pa. Kabenier pro Pfd. 50 Pfg., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund **45 Pfg.**
gekochte Mettwurst u. Leberwurst 70 Pfg., **Preßwurst** 50 Pfg., **Kohlwurst** 60 Pfg., **Abfallknochen** pro Pfd. **10 Pfg.**

M. Labrtz, Böttcherstraße 16.

Zahn-Atelier G. Boysen, Schwart. Allee 71a.
Reparaturen in 4—5 Stunden.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, 23. März,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Kartellbericht.
2. Wahl von Bezirkskassierern.
3. Abrechnung vom Ball der weiblichen Mitglieder.
4. Innere Verbandsangelegenheiten.
5. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

Verband der

Fabrikarbeiter Deutschl.

(Zweigverein Schlutup).

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 22. März,
abends 8½ Uhr
bei Freese, Gasthof z. Linde.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Vortrag des Kollegen **Radden.**
3. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Distriktsleitung.

Betriebs-Versammlung

aller
am Siel- und Wegebau, sowie der Stadtgärtnerei beschäftigten Arbeiter
am Dienstag, 22. März,
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus"
Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
Die Arbeiterausschußwahlen.

Der Einberufer.

Die Osterfreude

wird wesentlich erhöht durch den Osterkuchen. Dieser gerät am besten mit der bekannten

Pflanzenbutter-

Margarine, Marke

Cocosa

die sparsame Hausfrauen mit Vorliebe anstelle der teuren Naturbutter verwenden. — Bestandteile: Das Fruchtmark der Cocosnuss (Cocosin), Milch und Eigelb. — Machen Sie einen Versuch, um sich von der Güte dieser Marke zu überzeugen.

Ueberall erhältlich!

Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.
Goch (Rhld.)

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Lübeck.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 23. März 1910
abends 8¼ Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
1. Die ablehnende Haltung der Arbeitgeber zu den Berliner Vereinbarungen.
2. Verschiedenes.

Die Ortsverwaltung.

NB. Mitgliedsbücher legitimieren

Konsumverein für Lübeck und Umgegend.

(E. G. m. b. H.)

Versammlung

für die Mitglieder
in **Schlutup**
am 24. März 1910,
abends 8½ Uhr
im Gasthof „Zur Linde".

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Stand der Bewegung.
2. Genossenschaftliches.

Einen zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Frauen erwartet **Der Vorstand.**

Gesangverein der Zimmerer.

Komitee-Sitzung und Abrechnung vom Kappenfest
Donnerstag, 24. März, bei Moor.
Der Vorstand.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 23. März,
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:

25. volkstümliches Konzert

(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Solist: Herr Konzertmeister H. Millies, Kiel, Probegastspiel (Violine).
Zur Aufführung kommen u. a.:
Violinkonzert in G-moll M. Bruch.
Ouverture zu „Tannhäuser" R. Wagner.
Phantasie aus „Margarethe" Ch. Gounod.
In lauschiger Nacht, Walzer K. Ziehrer
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater.

Mittwoch, 23. März. 7½ Uhr.
Außer Abonn. **Ermäßigte Preise.**

Wallensteins Tod.

Dramat. Gedicht von Schiller.
Donnerstag. Zum 1. Male!

Leonarda.

Schauspiel von Björnson.
In Vorbereitung: Neu! **Salome.**
Musikdrama von Richard Strauß.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 68. Dienstag, den 22. März 1910. 17. Jahrg.

Aus der Naturgeschichte des Wohltätigkeitstrusts.

Aus Neuyork wird uns geschrieben:

Auf den Ton schauderhafter Andacht vor dem Erhabenen sind die Berichte der bürgerlichen Blätter über die neue Rockefeller-Stiftung gestimmt, und die „Neuyorker Staatszeitung“ beispielsweise, das Organ der deutschbürgerlichen Mittelklasse, das sonst so gern und häufig über die brutale Rücksichtslosigkeit dieses allesmonopolisierenden Großgauners, über die korrupten und räuberischen Methoden seines Öltrustes zetert, bittet ihm heute „mit dem Hute in der Hand“ alle ihm je nachgesagten Schlechtigkeiten ab. Dabei ist bisher nur wenig Genaues über den Charakter und den Umfang der Gründung bekannt, die auf eine Art Trustifizierung der Wohltätigkeit hinauszulaufen scheint. Man weiß nicht, ob Rockefeller ein oder einige hundert Millionen springen lassen wird, oder ob er gar, wie man munkelt, ein volles Drittel seines Milliardenvermögens hergeben will, von dem er übrigens selber nicht weiß, wie groß es eigentlich ist, und mit dem er auch nachgerade nichts mehr anzufangen weiß. Genau bekannt und völlig verbürgt ist nur, daß der alte Frömmler und Schurke sich keine persönlichen Entbehrungen zugunsten der leidenden Menschheit aufzuerlegen gedenkt, und daß er weiter seine Wohltätigkeitspapierchen nicht durch seiner eignen Hände Arbeit zinsheckend macht.

Gerade zur rechten Zeit erzählt jetzt der sozialistische »Appeal to Reason« die Begleit- und Folge-Umstände der Entscheidung des milden Richters Großcup in Chikago, der das denkwürdige Urteil des Richters Landis, wodurch dem Öltrust eine Buße von 29 000 240 Dollars auferlegt wurde, umstieß, und diese Enthüllungen lassen den Ursprung der Öltrustreichtümer, mit denen Rockefeller zur Abwechslung einmal „wohltun“ will, in Calciumbeleuchtung erstrahlen. Der Fall war offiziell betitelt: „Vereinigte Staaten gegen Standard Oil Company“, und die Verhandlung vor Richter Landis hatte 6 Wochen gedauert, an deren Ende 12 Geschworene den Öltrust der durch das Gesetz verbotenen Ölmogelei mit der Chikago- und Alton-Bahn schuldig sprachen, eines in der schmachvollen Geschichte des Ölmonopols sehr beliebten Manövers, wodurch der beim Transport benachteiligten kleinen Konkurrenz immer unfehlbar das Genick gebrochen wurde. Am 6. Juli 1907 fällte Richter Landis sein 29 000 000-Urteil und am 22. Juli stieß die Machtvollkommenheit des Richters Großcup den nach einer sechswöchigen Verhandlung gefundenen Wahrspruch der zwölf Männer samt dem Urteil herrisch um, Rockefeller und Komplizen von der Strafe absolvierend. Soweit ist die Geschichte nicht neu, neu ist der Öffentlichkeit dagegen, daß unmittelbar, bevor Richter Großcup die über den Öltrust verhängte Strafe aufhob, an der Bostoner Börse gar liebliche Spiele mit Öltrust-Aktien gespielt und dadurch in wenigen Tagen Vermögen gemacht wurden, und daß ein dortiger Makler, der rechtzeitig eine schwere Menge dieser Papierchen aufgekauft hatte, um an der gewaltigen Kurssteigerung in Öltrustwerten nach Großcups Entscheidung zu partizipieren, kein anderer war, als Richter Großcups persönlicher Vertreter. Es war am 13. April 1907, als der Jurypruch gegen den Öltrust fiel, der sogleich von dem Appellationsrichter Großcup „Beiseitesetzung“ des Verdikts verlangte, und es war dreißig Tage vor dessen Entscheidung, also noch, bevor Richter Landis jenem Wahrspruch sein Urteil folgen ließ, als der von Großcup beauftragte Bostoner Makler Öltrustaktien zu kaufen begann, deren Kurs nach dem erwähnten Jury-Verdikt ganz bedeutend gesunken war, und diese Ankäufe setzte Großcups Vertreter noch zwei Tage vor dem Urteil des weisen und gerechten Richters von Chicago fort. Nach dieser Entscheidung krazelten die Öltrustwerte aber in einer Zeit von einer Stunde schon so munter in die Höhe, daß auf diese Weise an der Börse insgesamt 270 Millionen Dollars „verdient“ wurden, welche Summe sich dann auf mehr als 500 Millionen Dollars erhöhte.

Die Chikagoer Effektenbörse aber ging leer aus. Sie war in den Handel nicht eingeweiht, und die Tatsache, daß ihre Bostoner Mitwölfe zuerst informiert und dadurch in den Stand gesetzt waren, solchen flotten Raub heimzutragen, erweckte den berechtigten Neid der Chikagoer Herrschaften. Eine Untersuchung, die sie jetzt einleiteten, enthüllte die oben berichteten Zusammenhänge, und es war kein anderer als Richter Großcups leiblicher Bruder, Fred. Paul Großcup, der dem Untersuchungskomitee erläuterte, wie gut der Bostoner Makler gewußt habe, was er tat, als er so fleißig Standard-Oil-Papiere kaufte.

Während aber die Chikagoer Finanzkreise sich noch so verdutzt ansahen und im Volke ein Sturm des Unwillens losbrauste, begab sich Richter Großcup in Begleitung zweier Standard-Oil-Advokaten, Miller und Payne, zur Bahn und fuhr nach Neuyork. Das war am Tage, nachdem Richter Großcup seine Entscheidung verkündigt. Die Gesellschaft stieg im Hotel Waldorf-Astoria ab, und am nächsten Morgen reiste Richter Großcup allein nach Pittsfield, Massachusets, weiter, wo er der Gast Henry W. Bishops, eines Öltrust-Millionärs, war, und dann ging die Fahrt nach Williamsdown, 20 Meilen von Pittsfield entfernt, weiter, wo der Jurist im Automobil vor dem Hause Edward P. Prentice, des Schwiegersohns Rockefellers, vorfuhr. Sapienti sat.

Der „Appeal to Reason“ verlangt von dem für solche Fälle zuständigen Justizkomitee des Kongresses, gestützt auf die oben wiedergegebenen scheußlichen Tatsachen, die sofortige Prozessierung Großcups, der inzwischen eine Reise nach Egypten angetreten hat. Das ganze ist ein gerade gelegen kommendes Exempel für die simple Wahrheit, daß die Wohltätigkeitsmillionen, über die wir uns zu begeistern ergebenst gebeten werden, durch pfiffige Manipulationen dem Volke gestohlen wurden, um im Notfalle auch mit verbrecherischen Mitteln verteidigt zu werden.

Aus der Partei.

Totenliste der Partei. In Stuttgart starb der Genosse Gustav Thiel, der seit 1½ Jahren Mitglied des Stuttgarter Bürgerausschusses war. Seine Leiche wurde aus dem Neckar gezogen, sodaß man annimmt, er habe seinem Leben in einem Anfall geistiger Störung freiwillig ein Ende gemacht. Thiel betrieb eine gutgehende Schlosserei und lebte mit seiner Familie in durchaus geordneten Verhältnissen. Das von ihm ausgeübte Mandat geht, da er im Wege des Proporzes gewählt wurde, auf den Genossen L. Krafft über, der auf der sozialdemokratischen Kandidatenliste 1908 die nach den Gewählten nächsthöchste Stimmenzahl erhalten hat.

Der Jugendausschuß als politischer Verein. In einer Strafsache gegen den Genossen W. Koch-Magdeburg, in der das Magdeburger Schöffengericht auf 20 Mark Geldstrafe erkannte, wurde in der Begründung erklärt, daß es sich nach den Betätigungen des Ausschusses zweifellos (??) um einen politischen Verein handele. Ein Verein sei zweifellos vorhanden, nämlich die dauernde Vereinigung mehrerer zu einem bestimmten Zwecke. Es läge aber nach Überzeugung des Gerichts auch ein politischer Verein vor, in dem politische Angelegenheiten erörtert werden sollten. Dies gehe aus den Protokollen des Nürnberger Parteitags hervor, denn die Ausschüsse seien danach gegründet, um die Arbeiterjugend nicht nur zur proletarischen Weltanschauung, sondern auch zum sozialdemokratischen und zum Klassenkampf zu erziehen. — Das Urteil ist ganz unhaltbar. Der Ausschuß ist nimmer ein Verein. Gegen das Urteil werden alle Rechtsmittel ergriffen werden.

Soziales.

Das Ende einer Schwindelkrankenkasse. Die im Jahre 1903 von dem Versicherungsbeamten, Zigarrenhändler und Auskunfteinhaber Winkler in München gegründete Hilfskrankenkasse Charitas wurde auf Antrag des zuständigen Polizeiamtes von der Kreisregierung geschlossen. Die Geschäftsführung wurde schon seit Jahren von der Aufsichtsbehörde beanstandet; der Reservefonds war ungenügend, eine große Zahl der Mitglieder blieb mit den Beiträgen im Rückstande, die Verwaltungskosten überwogen bei weitem die Leistungen der Kasse. Zu einer im Juli vorgenommenen Revision war Winkler nicht erschienen. Er hatte schon damals seit einem Jahre Krankengeld nicht mehr ausbezahlt. Von 1905 bis 1909 gingen nur 6574 Mk an Beiträgen ein, das ausbezahlte Krankengeld betrug 1897 Mk., die Verwaltungskosten 4677 Mark. Nun hat die Kreisregierung die Kasse geschlossen, da feststeht, daß die Mitglieder der Kasse eine Befriedigung ihrer Ansprüche nicht nicht erreichen können und die Geschäftsführung eine außerordentlich schlechte ist. — Verwunderlich ist nur, daß die Behörden dem Treiben solcher „Wohltäter der Menschheit“ so lange zusehen.

Wenn Bergleute ihr Recht suchen. Vom „Segen“ des Zwangsarbeitsnachweises der Zechenherren kann ein Bergmann erzählen, dessen Klage gegen Zeche „Adolf von Hansemann“ bei Dortmund vor der dritten Spruchkammer des Berggewerbegerichts in den letzten Tagen zur Verhandlung stand. Der Mann hatte vorschriftsmäßig am 15. Januar gekündigt und am 31. Januar seine Abkehr genommen. In der Kündigungsfrist war er aber krank geworden und zwar am 24. Januar. Nun hatte ihm die Zechenverwaltung im Abkehrbuch eingetragen: am 24. Januar die letzte Schicht verfahren, am 31. Januar aus dem Arbeitsverhältnis getreten. Kein Wort darüber war vermerkt, daß die Unterbrechung erfolgt sei wegen Krankheit. Also ging der Mann mit seinem Abkehrbuch und mit dem Schein des Arbeitsnachweises von Zeche zu Zeche, wurde aber überall abgewiesen, weil jedenfalls aus dem Abkehrbuche entnommen wurde, daß er etwas „verbrochen“ habe. Auf nicht weniger als 18 Zechen hat der Mann vergeblich um Arbeit nachgefragt. Schließlich hat er sich in einem anderen Revier Arbeit suchen müssen. Nun klagte er gegen die Zeche auf Schadenersatz. Bergrat Remy, der von den Bergleuten gefürchtete Vorsitzende der Spruchkammer, konnte nicht finden, daß die Zeche ungesetzlich gehandelt habe. Er meinte, der Kläger habe bei der Verwaltung ja auch den Nachsatz beantragen können, daß die Unterbrechung wegen Krankheit erfolgt sei. Der Kläger erwiderte aber, daß er das selbstverständlich nicht versäumt habe, man habe ihm aber gleich die Abkehr wieder aus dem Fenster herausgeworfen! Herr Remy schien diese Erwiderung nicht zu hören. Der Kläger wurde abgewiesen, Herr Remy konnte der Zeche keine Schuld beimessen. Herrn Remys Urteile und seine Behandlung der klagenden Bergleute war schon einmal Gegenstand lebhafter Beschwerden im Reichstage. Sein Auftreten ist wahrlich nicht geeignet, das völlig zerrüttete Vertrauen der Bergleute zu der Rechtsprechung der Berggewerbegerichte und auch zu den Bergbehörden zu heben. Trug sich doch in der letzten

Arbeiter.

Roman von Alexander L. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän C. von Sarauw.

(44. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Es waren auf dem ersten Platz ein paar Handelskommis ein Bankrotteur und ein mißvergnügter Ingenieur, „der seinem undankbaren Vaterlande den Rücken kehrte“ — wie einer seiner Freunde bei einem Abschiedsbecher unten im Salon sich ausdrückte; denn es ward dort sogleich ein kleiner Kommers für die Auswanderer und ihre Freunde angestellt.

Ferner war da ein Student, den seine Familie aus geheimen Gründen fortgesandt hatte, und noch drei bis vier halbverkommene Individuen in neuen Kleidern, „die ein dankbares Vaterland fortsubskribierte“, wie der Student sich ausdrückte.

Um elf Uhr erschien der Doktor Bennechen mit seiner Schwester. Sie kamen allein; der Minister war auf dem Schlosse, Alfred hatte sich entschuldigt und die Frau Minister lag zu Bett.

Als sie sah, daß aus der Reise Ernst gemacht wurde, da mochte sie etwas fühlen, das Reue glich. Denn sie hielt Hilda lange in ihren Armen und murmelte sogar etwas davon, daß sie — Hilda — ihr vergeben müsse, wenn sie bisweilen etwas hart gegen sie gewesen wäre.

Die beiden Mißglückten verließen deshalb das elterliche Haus in aufrichtiger Trauer und Hilda hatte so heftige Kopfschmerzen bekommen, daß sie gleich zur Ruhe ging in die Damenkajüte, welche ihr allein überlassen ward.

Allmählich nahm der Lärm im Salon ab, je weiter die Gesellschaft ins sentimentale Stadium hineinkam. Der Doktor ging eben aufs Deck hinauf und spazierte hin und her.

Die Nacht war still und klar. Aber im Südwesten zogen dunkle Wolken auf; es konnte nicht lange dauern, bis es regnete. Er hörte keinen Laut, als den der Kohlenschaufeln tief unten im Maschinenraum und den lahmen Takt seiner eigenen Schritte, während er auf- und abwanderte.

Von Zeit zu Zeit führte der Wind einen Knall vom Feuerwerk oder abgerissene Töne einer Fanfare vom Dankfest. Raketen und römische Lichter stiegen über die Dächer empor und warfen einen farbigen Schein über die Luft, ehe sie erloschen.

Johann Bennechen ging auf dem Halbdeck lange auf und nieder, und schaute nach der Stadt hin, die er so genau kannte und in der er sein bisheriges Leben zugebracht hatte. Der kleine Zwischenraum zwischen der Schiffsseite und dem Kai erschien ihm ein gähnender Abgrund, hinter dem er alle Sorgen und Enttäuschungen liegen ließ.

Und doch war Doktor Bennechen mutlos. Tausend Erinnerungen saßen mit Widerhaken in seinem Innern und es verursachte Schmerz, sie herauszuziehen. Auch knüpfte er keine großen Erwartungen an das Leben jenseits des Ozeans.

Die treuen Freunde unten in der Kajüte rissen sich endlich los und stellten sich am Kai auf, um zu singen. Es zeigte sich aber, daß sie zu bewegt seien und sie wanderten daher ruhig zur Stadt zurück. Und es ward stille auf dem Schiff und stille in der Stadt, während die Maschine, gleich einem aus dem Schlafe erwachenden Riesen, schwere Seufzer ausstieß.

Johann Bennechen sah nach der Uhr; es war halb eins. Die Regenwolken zogen dichter zusammen. Er sah sich noch einmal um, als wollte er seine ganze Vorzeit in dem schönen friedlichen Bilde der Sommernacht sammeln, ehe er sich zur Ruhe begab.

Da hörte er einen Wagen den Kai herunterkommen; er fuhr an den Gaslaternen vorüber und hielt beim englischen Dampfschiff an.

Ein Herr in weitem Mantel und dreieckigem Hut stieg aus und sagte einige Worte zum Kutscher. Einen Augenblick darauf hörte Johann eine Stimme, die ihm bekannt vorkam, den Steward unten nach Doktor Bennechen fragen.

„Hier — will jemand mit mir sprechen?“ rief Johann vom Halbdeck herunter.

Der Fremde stieg die kleine Treppe hinauf und der Doktor sah, daß es der Kammerherr Georg Delphin war.

„Guten Abend, Doktor! Sie glauben gewiß, daß ich etwas im Kopfe habe, und das habe ich denn freilich auch. Ich bin in Ungnade gefallen und ich habe deshalb meinen Schmerz zu betäuben gesucht. Ist Ihr Fräulein Schwester an Bord gekommen?“

„Ja, sie schläft schon, wie ich hoffe.“

„Lassen Sie uns hier hineingehen,“ sagte der Kammerherr und öffnete die Tür zu einem Rauchkabinett über dem Salon. „Hier können wir zum Abschied ein wenig plaudern; oder sind Sie müde, Doktor?“

„Nein, durchaus nicht,“ erwiderte Johann und schrob die Lampe in die Höhe; „wollen Sie eine Zigarre rauchen?“

„Danke schön! Aber namentlich möchte ich etwas trinken?“ Der Kammerherr schlug den Mantel zurück und warf sich in seiner goldgestickten Uniform mit Orden und Degen aufs Sofa.

Johann Bennechen ging hinunter, um Getränk aufzutreiben. Das einzige aber, was der Steward so spät in der Nacht ihm verschaffen konnte, war Whisky und Wasser.

Der Kammerherr versicherte indessen, es sei sein Lieblingsgetränk, und es sah fast so aus. Nachdem er ein Glas heruntergespült hatte, sagte er: „Ihr Fräulein Schwester ist also hier auf dem Schiffe angelangt?“

„Ja, ich hoffe, sie schläft schon längst,“ erwiderte Johann etwas verwundert.

„Daß Sie doch in einer so interessanten Zeit von hier fortreisen können,“ sagte Georg. „Hören Sie nur mal, was an diesem gesegneten Abend vorgefallen ist. Zuerst: Kammerherr Georg Delphin in Ungnade gefallen; dann: Großhändler Falck-Olsen mit einem Orden begnadigt wegen einer Schimmelstute; dann: die Assistenten Hiorth und Bennechen zu Kammerjunkern ernannt — der erste noch dazu verlobt.“

„Nein, nein! Das geht zu rasch! Wer hat sich verlobt, sagten Sie?“

„Hiorth; als sein Vater Minister ward, nahm sie ihn; Sie verstehen wohl, wen ich meine — Falck-Olsens Schimmelstute — ich glaube, sie heißt Sophie; die andere, die kleine Bläß', hat ihre Verlobung gekündigt.“

„Nein, Kammerherr,“ rief Johann, „jetzt tanzt alles rund herum mit mir.“

„Mit mir auch; ich habe jedoch meine Weisheit von Mortensen, der trotz aller seiner Zündhölzer bei Hofe vorgestellt worden ist. O, wie ich Sie beneide, Doktor, Sie, der Sie aus diesem ganzen Kram herauskommen können.“

Sein Gesicht hatte mit einem Male einen so schlaffen und alten Ausdruck angenommen, daß es Johann aufrichtig leid um ihn tat:

„Sie sollten mit uns reisen, Kammerherr!“

„Ich bin ja in Uniform!“

(Fortsetzung folgt.)

Sitzung, die hier in Frage kommt, noch folgendes zu: Ein Bergmann klagte, weil ihm nach seiner Meinung zu Unrecht Strafgelder am Lohn einbehalten worden sind. Der Zechenvertreter gibt sogar zu, daß der Mann zweimal zu Unrecht bestraft worden ist, bemerkt aber nebenbei, daß der Kläger schon früher mal wegen einbehaltener Strafgelder geklagt habe. Sogleich griff Herr Bergrat Remy, der Vorsitzende des Gerichts, die Äußerung auf und meinte, der Kläger betrachte das also „als Sport"! Ist das nicht glänzend? Dieser selbe Herr Remy würde aber sicher den Staatsanwalt zum Schutze anrufen, wenn irgend jemand ihn der Parteilichkeit bezichtigen wollte.

Ein Urteil gegen den Zechenarbeitsnachweis. Das Amtsgericht in Essen verhandelte am Freitag über eine Klage, die ein Bergmann gegen die Verwaltung einer Zeche der Firma Krupp angestrengt hatte. Der Kläger war auf Betreiben der Zechenverwaltung wegen Kontraktbruchs auf die schwarze Liste gesetzt worden und konnte infolgedessen anderwärts keine Arbeit finden. Das Gericht erklärte die Klage dem Grunde nach als berechtigt. Wenn sich die Zechenverwaltungen dadurch vor Kontraktbruch zu schützen suchen, daß kontraktbrüchigen Arbeitern nicht gleich wieder Arbeit nachgewiesen werde, so verstoße das nicht wider die guten Sitten. Eine Aussperrung auf die Dauer von sechs Monaten sei aber ein solcher Verstoß, denn durch die Länge der Aussperrung nehme sie den Charakter einer Strafe an, die keine Berechtigung habe. Es schweben bei den Gerichten in Essen noch eine ganze Anzahl ähnlicher Klagen.

Gewerkschaftsbewegung.

Friede im Baugewerbe? Die „Bauwelt", eine in Berlin erscheinende Zeitschrift für das Bauwesen, bringt in ihrer Nr. 1 vom Sonnabend, 19. März, folgende Nachricht aus München: „Wie in Interessentenkreisen aus guter Quelle verlautet, dürften trotz der bisherigen starren Gegensätze die Verhandlungen zwischen den Verhandlungskommissionen des Arbeitgeberbundes und der vier in Frage kommenden Zentralverbände der Arbeiter doch zu einer Einigung führen, so daß das Baugewerbe von einem allgemeinen großen Ausstand diesmal noch verschont bleiben wird. In wichtigen einzelnen Punkten ist eine Einigung wahrscheinlicher geworden. Es dürfte in der außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe am 22. März in Dresden die Entscheidung in günstigem Sinne für das Baugewerbe fallen." — Auch in anderen Städten werden in der letzten Zeit immer mehr Stimmen im Lager der Unternehmer laut, daß es unter keinen Umständen zu dem angesagten großen Kampfe kommen dürfe. Solche Verlautbarungen klingen ja sehr erfreulich, sie stehen jedoch mit den öffentlichen Kriegsrufen des Unternehmerbundes in gar schlechtem Einklang.

Mandatsniederlegung der Arbeiterausschüsse in den Engl. Gasanstalten Groß-Berlins. Zum Protest gegen fortgesetzte Ablehnung aller Anträge und der Weigerung der Generaldirektion, mit den Obleuten der Arbeiterausschüsse zu verhandeln, beschloß eine Versammlung der Arbeiterschaft aller Betriebe, die Arbeiterausschüsse aufzufordern, ihre Mandate niederzulegen. Die Ausschüsse sind dieser Aufforderung nachgekommen. Dies ist das Fazit eines siebenjährigen Bemühens, Mittelsleute zwischen Direktion und Arbeiterschaft zu sein.

Tarifvertrag in der Malzindustrie. Mit der Brauerei Patzenhofer, Abteilung Frankfurt a. O. schloß der Brauereiarbeiterverband für die Mälzereiarbeiter einen Tarifvertrag ab, wodurch die tägliche Arbeitszeit um 1¼ Stunde, von 10¾ auf 9½ Stunden, reduziert wurde. Die Löhne wurden um 2 Mk. pro Woche im Durchschnitt erhöht. Für die siebente Schicht gab es früher 1,50 bis 1,80 Mk. und für die weitere Überarbeit 30 Pfg. pro Stunde. Jetzt fällt die siebente Schicht fort und wird bei Überarbeit jede angefangene Stunde mit 40 Pfg. bezahlt. Dieses bedeutet eine außerordentliche Verbesserung. Ferner wurde auch ein Urlaub ohne Lohnabzug von 1—6 Tagen vereinbart und die Vergünstigungen auf Grund des § 616 B.-G.-B., wie sie in Berlin bestehen.

Lohndifferenzen im Sattler- und Portefeuillergewerbe. Die Sattler und Portefeuiller befinden sich zurzeit in einer ganzen Reihe von Städten Deutschlands in Lohnbewegungen. In Dresden sind es die Reiseartikel- und Koffersattler, die den Unternehmern ihre Forderungen in Form eines Tarifentwurfs unterbreiteten und eine Antwort bis zum 20. März erwarteten. Ein Unternehmer konnte dieses Datum nicht erwarten und kündigte seinen Leuten zum 19. März, was mit sofortiger Arbeitsniederlegung beantwortet wurde. Auch in den anderen Betrieben scheint der Streik unvermeidlich. Die Reiseartikel-, Geschirr- und Treibriemensattler Leipzigs haben den Unternehmern ihre Forderungen, Mindeststundenlohn 45 Pfg. und 52stündige wöchentliche Arbeitszeit u. a. mit unterbreitet. Die Arbeiterschaft ist Gegner eines Tarifvertrages und will mit jedem Unternehmer besonders verhandeln. In Offenbach a. M. befinden sich die Militäreffektensattler wegen Anerkennung des Berliner Tarifs im Ausstand. Im Stadium der Verhandlungen befinden sich die Tarifbewegung der Treibriemensattler Berlins, die der Geschirrsattler in Hamburg-Altona und Kiel und die der Täschner und Kofferarbeiter in Kassel. In Bremen stehen die Sattler in einer allgemeinen Lohnbewegung, ebenso in Breslau die Treibriemenarbeiter, in Frankfurt a. M. die Geschirrsattler und in Solingen die Reiseeffektenarbeiter. Außerdem sind — wie bereits gemeldet — die Sattler noch bei dem Streik in der Wagenfabrik Beißbarth-München und bei der dortigen Lohnbewegung der Auto- und Wagenarbeiter stark engagiert. In Hagen i. W. und in Stuttgart sind Differenzen in je einer Sport- und Reiseartikelfabrik ausgebrochen, weswegen auch hier, wie an den anderen genannten Orten, jeder Zuzug fernzuhalten ist.

Gewerkschaftschristliche Kampfesweise. Im Jahre 1907 hatte die Ortsverwaltung Köln des Deutschen Transportarbeiterverbandes ein Flugblatt herausgegeben, das vom Genossen Kiel, dem Angestellten des Verbandes, unterzeichnet war. Im „Straßen- und Kleinbahner", einer Beilage der christlichen „Gewerkschaftsstimme", erschien nun ein Artikel mit der Überschrift „Verleumder", worin der Inhalt des Flugblattes als eiende Lüge und Verleumdung bezeichnet wurde. Vor dem Kölner Schöffengericht hatte sich jetzt der Redakteur Geis aus Aschaffenburg, vom christlichen Hilfsarbeiterverbande, wegen dieser Beleidigungen zu verantworten. Er wurde zu 30 Mk. Geldstrafe und zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Dem Kläger, Genossen Kiel, wurde außerdem die Publikationsbefugnis zugesprochen.

Metallarbeiteraussperrung in Sundern. In Sundern (Kreis Arnsberg), wo die christlichen Metallarbeiter wegen Zugehörigkeit zur Organisation ausgesperrt sind, versucht man es nach dem System der Scharfmacher, andere Arbeitskräfte zu bekommen. In Berlin sucht man durch Vertreter Metalldrücker und sonstige gelernte Arbeiter und in Altena i. Westf. sucht ein gewisser Antepoth auch 100 Metallarbeiter, die nach Sundern gesandt werden sollen. Wir ersuchen allerorts, daß auf Arbeitsgesuche nach Sundern niemand den Ausgesperrten in den Rücken fällt.

Der Streik bei der „Westf. Metallindustrie in Lippstadt an dem 150 Arbeiter beteiligt waren (in der Mehrzahl christliche Arbeiter) ist nach dreiwöchentlicher Dauer, durch das vermittelnde Eingreifen des Bürgermeisters Nohl und durch beiderseitiges Entgegenkommen, zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet worden. Die Einigungsverhandlungen wurden zunächst zwischen dem Bürgermeister und den Bezirksleitern des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des christlichen Verbandes und des Gewerkvereins H. D. und die Schlußverhandlungen zwischen der Direktion und den Bezirksleitern gepflogen. Alle Arbeiter werden wieder eingestellt.

Die Wirkung des französischen Stellenvermittlergesetzes. Für die gegenwärtig in Deutschland aktuelle Frage über das Stellenvermittlergesetz ist die Wirkung eines solchen Gesetzes in Paris recht interessant. Durch das Gesetz vom 14. März 1904 wurden die Städte ermächtigt, die gewerbsmäßigen Stellenvermittler in einzelnen oder allen Berufen ihres Bezirkes durch Geldentschädigung abzulösen und jede weitere gewerbsmäßige Stellenvermittlung für die betreffenden Berufe zu untersagen. Von dem Gesetze sollten Vereine, die kostenlosen Nachweis unterhalten, nicht betroffen werden. Infolge der schlechten gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter der dabei in Betracht kommenden Berufe war vorauszusehen, daß sich dieser Reflex schwer rächen werde. Das ergibt sich denn auch recht deutlich aus einem offiziellen Berichte über „die Stellenvermittlung in Paris" seit dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 14. März 1904." In den Berufsgruppen der Bäcker und Konditoren, Schlächter, Friseure, Schuhmacher, Hotel-Restaurant-Angestellte und Färber wurden in Paris 61 gewerbsmäßige Stellenvermittlungsbureaus abgelöst, denen eine Entschädigungssumme von insgesamt 1 608 000 Francs angeboten wurde, doch wurden davon 295 100 Francs abgeschlagen. Die höchste zur Auszahlung gelangte Entschädigungssumme betrug 145 000 Frcs., die Durchschnittssumme 26 360 Frcs. Für die Hausangestellten, Müller, Dienstboten, Lehrpersonal usw. sind noch gewerbsmäßige Nachweise gestattet, doch müssen alle Gebühren ausschließlich vom Arbeitgeber bezahlt werden, was sofort eine Herabsetzung der Vermittlungsgebühren in 42 Proz. aller solcher Bureaus zur Folge hatte, deren insgesamt 236 bestehen. Die städtischen Arbeitsnachweise sind nach wie vor ohne große Bedeutung geblieben; zu den 16 vor Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Bureaus sind noch 4 neue hinzugekommen, die im Jahre 1904 insgesamt 33 841 Stellungen vermittelten, oder 2115 Stellungen pro Vermittlungsbureau, im Jahre 1907 dagegen 39 106 oder im Durchschnitt nur 1955 Stellungen. Dieses betrübende Ereignis ist die Folge der zahlreichen Vereinsgründungen, die meist verkappte gewerbsmäßige Arbeitsnachweise sind. Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes gab es 35 Vereinigungen, die Stellenvermittlung betrieben, inzwischen sind 64 neue hinzugekommen (wie oben angeführt wurden 61 Privatbureaus abgelöst.) Von 49 dieser Vereinigungen sagt der offizielle Bericht, daß sie allgemein als verkappte Privatstellenvermittler betrachtet werden. 5 Vereinigungen werden direkt von abgelösten Privatvermittlern, die insgesamt 128 000 Frcs. bei dem Geschäft erhielten, geleitet, sowie 17 durch Schreiber oder Verwandte früherer gewerbsmäßiger Stellenvermittler. 35 Vereine haben ihre Bureaus in Restaurants untergebracht. Auch die Statuten weisen auf den Charakter dieser Vereine hin. Meist ist den Leitern derselben eine fast unumschränkte Gewalt in der Geschäftsführung eingeräumt; sie sind vielfach auf je 2 oder 10 Jahre fest angestellt, in 2 Fällen sogar lebenslänglich. Manche Vereinigungen haben nur eine ganz beschränkte Anzahl „aktiver" Mitglieder und nehmen nur noch „passive" Mitglieder auf, die gegen Zahlung der recht beträchtlichen Aufnahmegebühren das Recht auf Benutzung des Arbeitsnachweises erwerben, auf die Vereinsleitung dagegen ohne jedweden Einfluß sind.

Versammlung der Bürgerschaft.

b. Lübeck, 21. März 1910.

Der Wortführer Präses Dimpker eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Minuten. Er gibt ein Schreiben von Professor Eckermann bekannt, der wegen Abreise von Lübeck sein Bürgerschaftsmandat niederlegt. Ein ohne Unterschrift eingegangenes Schreiben einer Kommission von Staatsarbeitern wird ad acta gelegt.

Dühring verbindet mit einem Ersuchen von Ritzerauer Bürgern um Schaffung besserer Verkehrsverhältnisse einen genügend unterstützten Antrag.

Thiele schlägt vor, als Mitglied der Baugewerkschule-Kommission Stelling zu wählen, da auf dem Wahlvorschlag kein Vertreter der zweiten Klasse verzeichnet sei.

Über die für die Bürgerschaftsmitglieder anzubringenden Schubladen, ob diese verschließbar sein sollen oder nicht, entspinnt sich eine kurze Debatte, in der Dr. Benda und Neuner gegen, Aug. Pape für Verschluß der Schubladen sind. Seydel findet die Schubladen überhaupt für überflüssig.

Der Antrag, verschließbare Schubladen herzustellen, wird abgelehnt.

Es folgt die Wahl der Kommission zur Vorprüfung des Senatsantrages betr. Änderung der Bestimmungen über die Baugewerkschule.

Gewählt wurden: Blunck, Buchwald, Dr. Kähler, Rud. Kähler, v. Schack, Schorer, Heinr. Thiel; Ersatzmänner sind: Dräger, Fehling, Schönwald.

Vom Senatstische folgt eine längere Erklärung über ein früheres Ersuchen der Bürgerschaft, die Feuer-Versicherungsgesellschaften zu den Kosten des städtischen Feuerlöschwesens heranzuziehen. Ähnliche Anträge seien wiederholt gestellt, doch könne der Senat diesen nicht zustimmen.

Beigetreten ist der Senat den abgeänderten Bürgerschaftsbeschlüssen betr. Beitrag zu den Kosten der Erbauung einer Bahn von Lübeck nach Neustadt.

Nicht anschließen konnte sich der Senat einem Ersuchen um Entschädigung der Hausbesitzer (Bauprämien) bei Verbreiterung von Straßen.

Dem Antrage betr. Erhebung einer Kurtaxe in Travemünde und Gnevesdorf ist der Senat beigetreten.

Als erster Senatsantrag kommt zur Beratung: Herstellung von Radfahrwegen im Rechnungsjahr 1910.

Neuner: Die Radfahrwege sind in Lübeck gut. Bei der heutigen Steueranspannung ist es Pflicht, den Bürgern entgegenzukommen, indem man die Radfahrabgabe weiter ermäßigt. (Der Redner wird vom Wortführer unterbrochen und gebeten, bei der Spezialberatung das Wort zu nehmen.)

Buchwald bemerkt zu dem Antrag, daß verfassungsgemäß sein eigener, vom Bürgerausschuß abgelehnter Antrag auf Verbesserung der Steigungsverhältnisse in der Israelsdorfer Allee auf der Tagesordnung stehen müßte. Er gibt dem Bedauern Ausdruck, daß die Behörde so wenig Wohlwollen seinem Antrag entgegengebracht habe. Die Frage der Geldausgaben für Radfahrerwege sei eine solche der Zweckmäßigkeit. Der Weg nach Brandenbaum sei nicht so nötig als die Verbesserung des Radfahrweges nach Israelsdorf. Eine Abstimmung unter den Radfahrern würde sich zugunsten der Verbesserung des Radfahrweges nach Israelsdorf aussprechen. Die Verkehrssicherheit sei für den Radfahrer erste Bedingung. Heute schlägt der Senat vor, die Radfahrer sollen auf gepflasterten Wegen, die zeitweilig mit Laub bestreut sind, fahren. Diese gepflasterten Wege sind für Radfahrer äußerst gefährlich. Redner moniert dann noch die schlechten Steigungsverhältnisse verschiedener Radfahrwege. Er beantragt Kommissionsberatung.

Der Wortführer gibt das Versehen, das ihm mit dem Antrage des Vorredners passiert sei, zu und verspricht, den Antrag Buchwald auf die nächste Tagesordnung zu stellen.

Senator Dr. Stooss stellt das angezogene, bemängelte Wohlwollen des Senats gegenüber dem Antrage Buchwald in Abrede und verteidigt die in Aussicht genommene Herstellung eines Radfahrweges nach Brandenbaum.

Möller tritt gleichfalls für Verbesserung der Radfahrwege ein. Ich habe schon im vorigen Jahre befürwortet, den Radfahrweg nach Brandenbaum zu bauen. Der Weg werde viel vom Militär benutzt. Heute sei es gefährlich diesen Weg zu fahren; Redner bittet deshalb, dem Senatsantrage die Zustimmung zu erteilen. Auch wäre es zweckmäßig, eine Ermäßigung der Radfahrsteuer in die Wege zu leiten. Mit dem Bauen neuer Wege sind wir übrigens bald fertig. Das Hauptaugenmerk haben wir deshalb auf die Reparaturarbeiten zu richten. Zahlreiche Wege sind nicht so ausgebessert, wie sie es sein sollten und das ist ein Hindernis für die Arbeiter, die sie benutzen müssen.

Senator Dr. Stooss bemerkt, der Senat lege Wert auf die Reparatur der Radfahrwege.

Hauptlehrer Reimpell ist für Herstellung neuer Wege. Die Praxis anderer Städte, auf beiden Seiten der Straßen schmale Radfahrwege herzustellen, wäre auch hier zu empfehlen. Die Wege müssen im Februar und März angelegt werden, damit sie gleich benutzt werden können. Die beiden neu in Aussicht genommenen Wege sind allerdings heute noch nicht dringend nötig; dagegen ist die Ausbesserung des Weges von Travemünde nach Gnevesdorf-Niendorf äußerst nötig. Redner stellt einen Antrag, einen Radfahrweg auf der bezeichneten Strecke anzulegen.

Tegtmeyer erinnert an früher gemachte Ausführungen über notwendige Radfahrwege Moisling-Genin. Die Abgabe der Radfahrer ist seinerzeit viel zu viel ermäßigt worden. Er ist für Kommissionsberatung und stellt einen erweiterten Antrag.

Neuner: Die Radfahrwege sind in erster Linie geschaffen, um Kollisionen mit den Fußgängern zu vermeiden; der Radfahrer ist meistens der Hauptleidtragende; er nimmt die größte Rücksicht auf andere. Der Weg nach Brandenbaum würde frühere Arbeit, die auf die Herstellung des Grabens angewandt wurde, wieder illusorisch machen. Es soll in jeder Weise doch gespart werden. Die Herabsetzung der Radfahrgebühren sollte in Erwägung gezogen werden.

Niemann-Schlutup: In der letzten Zeit werden die Radfahrwege häufig von Fußgängern benutzt; an Sonntagen müssen selbst Radfahrer auf den von ihrem Gelde bezahlten Radfahrwegen absteigen und Fußgängern Platz machen. Das muß aufhören.

Aug. Pape ist für Kommissionsberatung und macht auf verschiedene Mängel, die bei den Radfahrwegen bestehen, aufmerksam; in der Dornestraße ist das Radfahren tatsächlich verboten, denn bei dem schlechten Pflaster gehen den Radlern die Laternen aus und dann verlangen Schutzleute, daß die Radfahrer von ihren Fahrrädern absteigen müssen.

Köster bittet um Annahme des Antrages 3.

Neuner macht wiederholte Ausführungen über die Radfahrwege und ändert seinen Antrag um.

Thiele: Für Oldenburg brauchen wir keine Radfahrwege zu schaffen, aber der von Möller angezogene schlechte Weg muß verbessert werden.

Es folgt die Spezial-Beratung.

Jenne macht Ausführungen zur Geschäftsordnung, denen der Wortführer widerspricht.

Buchwald beantragt, abzustimmen über Punkt 1 und 2.

Diese Anträge werden einer Kommission überwiesen und Absatz 3 wird angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Feststellung der im Rechnungsjahr 1910 auszuführenden Wege- und Sielarbeiten in den Vorstädten.

Aug. Pape will, daß Arbeiten, die im nächsten Jahre erst ausgeführt werden sollen, jetzt nicht schon festgelegt werden.

Effinger macht auf die schlechte Beschaffenheit eines Teiles des Steinrader Weges aufmerksam. Die Straße mache bei der Ziegelstraße zunächst einen guten Eindruck, habe gutes Pflaster, aber vor den neu erbauten Häusern sei Fahrdamm und Trottoir in schlechter Beschaffenheit. Es seien große Wälle aufgefahren, und wenn nasse Witterung eintrete, entstehe auf der Straße ein großer See. Der Fußsteig sei voller Schlamm, das Wasser kann nicht ablaufen. Dadurch entstehen Unzuträglichkeiten für die Anwohner, und manche wollen deshalb ausziehen. Den Radfahrern ergeht es ebenso, sie müssen zeitweilig das Trottoir benutzen, das sehr schmal ist und die Möglichkeit, daß Leute angerannt werden, ist oft vorhanden. Er richte an die Baudeputation das Ersuchen, diesem unhaltbaren Zustand ein Ende zu machen. Die Sache ist von mir nicht übertrieben, es sieht schlimmer aus als in einem mecklenburgischen Bauerndorfe; im Interesse der dort wohnenden Steuerzahler ist baldige Abhilfe vonnöten.

Die Erwiderung des Senators Dr. Stooss ist am Pressetisch nicht verständlich.

G. Ehlers bemängelt den schlechten Zustand des nördl. Fußsteiges beim Hüxterdamm. Dort sei der Hauptverkehrsweg von dem neuen Stadtteil auf der früheren Falkenwiese nach der Stadt zu; die Leute müssen an der Stelle auf die Straßenbahn warten. Von der Hüxtertorbrücke an ist der Weg eine kurze Strecke mit Klinkern versehen; dann höre die Beklingerung plötzlich auf. Es sei dringend notwendig, diesem unhaltbaren Zustand recht bald abzuhelfen. Im Interesse der Anwohner der Falkenwiese bitte er den Senat um Abhilfe.

Senator Dr. Stooss bemerkt, daß dieser Anrege entsprochen werden soll.

Dahms wünscht Verbesserung der Roeckstraße und fragt, ob es nicht möglich sei, die starke Kurve in der Moislinger Allee, an der kürzlich das Antounglück geschehen, abzuändern.

Stelling stellt die Anfrage an die Baudeputation, ob es zutreffend sei, daß in der letzten Woche etwa 40 Arbeitern gekündigt worden sei. Es seien Leute darunter, die längere Jahre dort beschäftigt seien. Einer davon hat bereits 8 Jahre beim Staat gearbeitet. Er bittet um Angabe der Gründe, warum die Kündigung erfolgt sei. Wir haben noch manche Wege- und Sielbauten auszuführen, so daß Ar-

heit in Fülle vorhanden ist. Wenn hierfür kein Geld da sein sollte, will ich nur erwidern, daß auch so manche andere Ausgaben gedeckt werden, für die keine Mittel vorhanden sind. Also kann auch bewerkstelligt werden, daß die Leute beschäftigt werden.

Senator Dr. Stooss erwidert, es sei keine Arbeit vorhanden.

Thiele macht ebenfalls auf verschiedene Mißstände in den Straßen aufmerksam und bittet um Abhilfe.

Böbs kritisiert schlechte Sielanlagen und Pflasterungen.

Neuner will die Reiferstraße noch nicht geflastert wissen; es seien andere Straßen der Pflasterung bedürftiger.

Lauenstein macht darauf aufmerksam, daß bei der Lindenstraße zwei Chausseestrecken liegen, die ausgepflastert werden müßten, es sei dies außerordentlich notwendig. Die Reiferstraße neu zu pflastern sei noch nicht erforderlich.

Stelling: Herr Senator Stooss gibt zu, daß die Arbeiter entlassen sind. Er sagt, wir haben keine Mittel und keine Arbeit. Ich wundere mich, so etwas zu hören. Wenn für Beamte nicht mehr ausreichende Beschäftigung vorhanden ist, werden sie doch auch nicht entlassen. Mittel, um zu machen, was gemacht werden muß, müssen vorhanden sein. Wenn all das, was heute bemängelt worden ist, verbessert würde, ist Arbeit genügend da. Warum werden denn jüngere Leute beschäftigt und die älteren entlassen? Das ist doch mindestens sehr auffallend.

Senator Dr. Stooss: Die Namen der gekündigten Arbeiter sind mir nicht bekannt, in der Regel werden aber die Leute entlassen, die kürzere Zeit beschäftigt sind.

Dr. Schlomer: Ich kann den Ausführungen Lauensteins nicht folgen. Lauenstein hat wohl ein Dorfstraßenbild vor Augen. Die Reiferstraße hat einen starken Durchgangsverkehr aufzuweisen. Viele Personen, die von der Drehbrücke kommen, passieren diese Straße. Wenn Herr Lauenstein um die Mittagsstunde oder abends von 6—7 Uhr das Leben in der Reiferstraße betrachtet, wird er eine andere Anschauung bekommen. Dem Senatsantrage muß Folge gegeben werden.

Aug. Pape ersucht, keine Straße zurückzustellen, deren Ausbesserung nötig ist. Die neuen Straßen werden deshalb mehr benutzt, weil sie besser sind.

Dr. Wichmann: Die Reiferstraße ist tatsächlich in sehr schlechtem Zustande. Der Anrege, die Reiferstraße nicht zu pflastern, darf keine Folge gegeben werden.

Die Senatsvorlage wird angenommen.

Bei der Beratung über den Antrag betr. Bebauungsplan für Moisling erklärt

Dr. Schlomer sich zustimmend zu dem Senatsantrage. Wenn aber der Bebauungsplan nicht nur auf dem Papier stehen soll, dann muß vor allem der Verkehr nach Moisling gehoben worden. Bei den Erweiterungsbauten der elektrischen Straßenbahn ist die Berücksichtigung Moislings Bedingung. Redner erinnert an die Ernennung des bürgerlichen Mitgliedes in den Gemeindevorstand, jetzt könne der Senat das Wohlwollen ja zeigen. Die dörfliche Anlage bleibe bei der Bebauung allerdings nicht erhalten. Vor allem müssen bessere Siel- und Abflußverhältnisse geschaffen werden. Die Baudeputation dürfe den Ausbau nicht gestatten, ehe andere Verhältnisse geschaffen sind. Die 1200 Einwohner Moislings sind meist Arbeiter, die in Lübeck in engen Fabriken ihr Brot verdienen, für sie ist es vor allem erforderlich, daß gesunde Sielverhältnisse geschaffen werden, die jetzigen entsprechen nicht berechtigen Ansprüchen. Die Abflüsse gehen in die Gräben, die eine dicke, schlammige Masse enthalten, die nicht abfließt, und im Sommer starke Dünste verursacht, die die Gesundheit gefährden. Auch die Beleuchtung Moislings ist mangelhaft. Im Dorfteich ist am Rande eine zwei Meter breite Schlammasse enthalten, die im Sommer austrocknet und übel riecht. Ehe eine weitere Bebauung Moislings stattfindet, muß eine Sielvorlage eingebracht werden; die Sielverhältnisse müssen jetzt schon geändert werden. Die Arbeiter, die tagsüber in engen Fabriken schaffen, müssen sich des Abends in frischer Luft bewegen können.

Tegtmeyer (Moisling) gibt Schlomer in bezug auf die Gräben zum Teil recht. Verbesserungen seien stets dort vorgenommen worden, wo Personen in den Graben gefallen seien. (Große Heiterkeit.) Er werde sich Schlomers Ausführungen merken und die Anlieger auffordern, Abänderungen zu treffen. Moisling hat sich in den letzten Jahren herausgerissen, aber die Kosten für alle Verbesserungen könne Moisling nicht tragen. Die Brücke erfordere viele Reparaturen und müsse erneuert werden. Die Ausführungen des Redners werden vielfach von stürmischer Heiterkeit unterbrochen, so daß sie am Pressetisch nicht im Zusammenhang verständlich sind.

In der Einzelberatung wird das Wort nicht begehrt und die Vorlage angenommen.

Der weitere Senatsantrag betrifft die weitere Ausgestaltung des Vorwerker Friedhofes.

v. Schack äußert Bedenken bezüglich der hohen Summe, die zu der Anlage benötigt wird. Dieser Betrag müßte auf eine weitere Reihe von Jahren ausgedehnt werden. Die Vorlage müßte an eine Kommission verwiesen werden. Vielleicht würde es billiger kommen, wenn die Arbeiten nicht in eigener Regie ausgeführt werden. Eventuell bitte ich statt 80 000 Mk. nur 25 000 Mk. in Rechnung zu stellen.

Thiele stellt die Anfrage, ob bei der Verbrennungsprobe die Bürgerschaftsmitglieder teilnehmen dürfen.

Senator Dr. Vermehren gibt dem Vorredner Auskunft und macht darauf aufmerksam, daß der Antrag des Stadtgärtners ursprünglich viel weitergehend gewesen sei. Dieser jetzige Antrag sei sehr sparsam aufgestellt.

Thiele glaubt, daß jetzt, wo das Krematorium errichtet ist, die Vergrößerung des Friedhofes nicht in dem Maße nötig ist.

v. Schack unterstreicht nochmals seine Ausführungen; er kann es nicht als Sparsamkeit ansehen, wenn die Summe nur auf sieben Jahre verteilt wird.

Dr. Wichmann ist für den Senatsantrag. An solcher Stelle zu sparen, sei verkehrt; es soll doch eine Parkanlage geschaffen werden.

Die Senatoren Fehling und Dr. Vermehren sprechen wiederholt zugunsten der Vorlage. Im Antrage seien die größten Beschränkungen enthalten.

v. Schack zieht seinen vorher eingebrachten Antrag zurück; der Senatsantrag wird genehmigt.

Der Senatsantrag betr. Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamts für das Rechnungsjahr 1910 wird debattelos genehmigt.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Ablösung der Übungsschule vom Lehrerseminar.

Schulmerich glaubt, daß die Bürgerschaft oft ein kurzes Gedächtnis habe, was allerdings beim öfteren Wechsel erklärlich sei. Würden die Verhandlungen vom Jahre 1901 allen bekannt sein, würde die Beratung wesentlich abgekürzt werden können. Trotz den Ersparnissen von 27 000 Mk. muß ich die Vorlage bekämpfen. Die Ersparnisse, die gemacht werden sollen, können auch auf andere Weise gemacht werden. Die Übungsschule ist der eigentliche Kern des Seminars und wichtiger als die Theoretik. Die zukünftige Stellung des Hauptlehrers würde Reibungen veranlassen. Der Direktor des Seminars muß auch der Direktor der Übungsschule sein. Nur wenn die Übungsschule in enger Verbindung mit dem Seminar verbleibt, kann Ersprießliches geleistet werden. Redner geht auf nähere Bestimmungen der Vorlage ein; er sieht in einzelnen von diesen einen Schaden, den die Ausbildung der Seminaristen erleidet. Eine räumliche Vereinigung ist wünschenswert und nur, wenn diese nicht möglich ist, soll eine getrennte Unterrichtung stattfinden. Nach der Vorlage sind nur finanzielle Gründe maßgebend. Seinerzeit, als das Seminargebäude errichtet wurde, ist gesagt worden, die Räume seien genügend und jetzt sollen die fehlenden Räume den Grund für die Änderung abgeben. Es muß geprüft werden, ob für die drei fehlenden Räume Platz geschaffen werden kann. Wenn die Übungsschule abgetrennt wird, würden Räume übrig bleiben, die freilich vom Seminar schon benutzt werden. Aber für das Seminar allein würde dadurch das Gebäude zu kostspielig. Früher wurde hervorgehoben, daß ein zu großer Schülerstand in der Übungsschule die Förderung der Schüler unterbinde, heute wird die niedrige Schülerzahl als Grund zur Abtrennung angegeben. Das Seminar selbst wird, wie die neue Prüfungsordnung ergibt, einer Änderung unterworfen. Aus der Realschule werden keine Zöglinge mehr ins Seminar kommen und die Mittelschüler, die in die Realschule übertreten, schlagen schließlich auch einen anderen Weg ein. Diese Vorlage bedarf einer eingehenden Prüfung und darf heute nicht erledigt werden; die aus der Vorlage ausgerechneten Ersparnisse lassen sich auf anderen Wegen erreichen. Ich beantrage Kommissionsberatung.

Schulrat Dr. Wychgram geht in ausführlicher Weise auf die Äußerungen Schulmerichs ein; die enge Verbindung zwischen Seminar und Übungsschule ist, wie der Vorredner hervorhob, notwendig, das Nebeneinander von wissenschaftlichen und praktischer Unterrichtserteilung nicht erste Bedingung, es erzeuge eine Überanspannung der Kräfte der Seminaristen; dann seien aber auch an der in Aussicht genommenen Übungsschule mehr festangestellte Lehrer vorhanden, als nach dem Gesetze vorgeschrieben sei. In seinen weiteren Ausführungen verteidigt Redner die Vorlage und sucht die Bedenken Schulmerichs auch in Beziehung auf einen Systemwechsel im Seminar zu zerstreuen. Ein solcher sei nicht beabsichtigt. Die Oberschulbehörde hat diese Maßregel vorgeschlagen, weil sie Verbesserungen bringt; die Schulverwaltung hat alle Bedenken reiflich erwogen, und eine sachliche Schädigung wird nicht eintreten.

Hauptlehrer Reimpell ist zu der Überzeugung gekommen, daß der finanzielle Effekt den Schaden nicht aufwiegt, den die Schüler erleiden, wenn der Antrag angenommen wird. Der Dualismus im Unterricht ist für die Seminaristen notwendig. Die praktische Ausbildung muß von vorne anfangen und mit der theoretischen Hand in Hand gehen. In der Seminar-Übungsschule dürfen höchstens 25 bis 30 Schüler sitzen; bei dieser Anzahl sind die Anforderungen an den Lehrenden schon groß genug. Redner empfiehlt ebenfalls Kommissionsberatung.

Dr. Wychgram macht darauf aufmerksam, daß die Trennung der wissenschaftlichen und praktischen Unterrichtserteilung in Preußen zum Teil schon durchgeführt sei. Er sieht in dieser Trennung einen großen Fortschritt und empfiehlt nochmals die Vorlage.

Senator Kulenkamp verspricht sich von einer Kommissionsberatung nichts. Die Ersparnis von 27 000 Mk. sei nicht bestritten worden.

Schulmerich: Die Behauptung der Ersparnis von den 27 000 Mk. ist gerade von mir hervorgehoben worden, und ich habe sogar vorgeschlagen, wie man noch mehr sparen kann. Die Ausführungen, die von der Oberschulbehörde kommen, werden natürlich bei der Bürgerschaft mehr Anklang finden, als diejenigen eines Lehrers; dieser steht der Behörde gegenüber im Nachteil. Redner bittet nochmals um Kommissionsberatung.

Dr. Wychgram: Die Aufteilung der Petrischule wird schon noch kommen; diese Maßregeln dürfen aber nicht mit dieser Vorlage in Verbindung gebracht werden. Redner bittet um Beschleunigung, weil noch eine Reihe neuer Maßregeln in Aussicht stehen, die durch Kommissionsberatung verzögert würden.

Die Kommissionsberatung wird abgelehnt und der Senatsantrag angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Errichtung von vier Oberlehrerinnenstellen an der Ernestinenschule.

v. Schack: Die Ernestinenschule hat bis jetzt für uns kein Geld gekostet, künftig werden wir aber wohl bis 20 000 Mark Zuschuß leisten müssen. Das Lehrerinnenseminar kann so bleiben wie es heute ist; wer sich die Kenntnisse erwirbt, um sein Brot als Lehrerin zu verdienen, muß für die Mehrleistung, die geboten wird, auch etwas mehr bezahlen. Ich möchte den Senat ersuchen, in Erwägung zu ziehen, daß das Schulgeld für das Seminar in der Ernestinenschule von 200 Mark auf 250 Mk. erhöht wird. Bei der Ernestinenschule ist ein größerer Schulgelderlaß (5 000 Mk.) als bei den Mittelschulen (3 350 Mk.) und selbst bei den Volksschulen (1400 Mark) eingetreten.

Senator Kuhlenkamp verteidigt den Schulgelderlaß bei der Ernestinenschule; ein bestimmter Prozentsatz Schulgelderlaß sei zulässig und dringend notwendig, damit auch einzelnen, die die hohen Kosten nicht tragen können, eine Erleichterung gewährt werden kann. Das Schulgeld für unser Lehrerinnenseminar sei höher als irgendwo anders und die Annahme des Vorschlages des Herrn v. Schack nicht empfehlenswert.

Dr. Gilbert spricht sich zugunsten des Senatsantrages aus und bittet um Ablehnung des Antrages Schack; Redner wünscht, daß Herr v. Schack mit goldenen Lettern für seine Tätigkeit in der Bürgerschaft in der Geschichte derselben verzeichnet stehe. Vom Standpunkt der Gerechtigkeit sei eher eine Ermäßigung des Schulgeldes von 200 Mk. auf 160 Mk. empfehlenswert. Das Schulgeld im Ernestinen-Lehrerinnenseminar sei höher als im Lehrerseminar; eine weitere Erhöhung sei eine Ungerechtigkeit gegenüber denjenigen Eltern, denen der liebe Storch immer Mädchen statt Knaben bringt, die nachher anstatt Väter stets Mütter werden. (Stürmische Heiterkeit.)

Dr. Ihde hält es nicht für gerecht, wenn eine neu eingestellte Beamtengruppe, wie die Oberlehrerinnen, gleich in die neue Gehaltsstaffel eingereiht würde. Er möchte die hohen Gehaltssätze des neuen Beamtenbesoldungsetats für diese heute noch nicht bewilligt wissen, sondern die alten angewandt sehen.

Senator Kuhlenkamp pflichtet dem bei; freilich müssen die in Preußen üblichen Gehaltssätze auch hier gelten, wenn wir Lehrerinnen bekommen sollen.

Thiele ist gegen den Antrag. 19 Unterrichtsstunden für die Oberlehrer sind zu wenig. Die Oberlehrer könnten ja auch Unterricht an der Ernestinenschule versehen.

Der Senatsantrag wird hierauf genehmigt.

Über das Ersuchen der Kommission, das Lehrerinnenseminar in eine Studienanstalt umzuwandeln, wünscht Aug. Pape erst gründliche Aussprache. Dr. Ziehl ist ebenfalls gegen den Kommissionswunsch.

Das Ersuchen wird abgelehnt, ebenfalls abgelehnt der Antrag v. Schack, das Schulgeld am Lehrerinnenseminar zu erhöhen.

Die Verhandlungen werden hierauf abgebrochen, weil der nächste Senatsantrag eine zu lange Debatte zeitigen würde.

Stelling wendet sich noch gegen die Verquickung des Senats-Antrages betr. der Rechtsauskunftsstelle mit der Budgetberatung.

Aug. Pape ist für Vertagung auf Dienstag abend.

Der Antrag wird bei der Budgetberatung verhandelt werden.

In die Kommission betr. Herstellung von Radfahrwegen sind gewählt die Herren Buchwald, Köhn, Möller, Reimpell, Tegtmeyer, als Ersatzmänner Neumann und Thiele.

Schluß der Sitzung 10.20 Uhr.

Aus Nah und Fern.

Die gewarnte Berliner Polizei. Am Sonntag früh hatte sich in der Badstraße im Norden Berlins um einen Betrunkenen, der sich an einem Laternenpfahl festhielt, eine Schar von Passanten gesammelt. Ein Unbekannter, der die Ansammlung für eine Wahlrechtsdemonstration hielt, alarmierte telephonisch die Polizei; alsbald kamen zwanzig Schutzleute, geführt von einem Polizeileutnant im Laufschritt heran, ein Auto mit Kriminalbeamten kam auch herangesaust. Von einer Demonstration war aber keine Spur. Ob ein überängstlicher Spießbürger oder ein Spaßvogel die Polizei alarmiert hatte, war nicht festzustellen.

Juristendeutsch. Das Reichsgericht bildet folgendes Satzungeheuer (abgedruckt in den „Entscheidungen in Zivilsachen", Band 65 Seite 171): „Es bedarf keiner Entscheidung darüber, ob der Klageanspruch auch auf § 419 des Bürgerlichen Gesetzbuches gestützt werden konnte. Es mag indes nicht unbemerkt bleiben, daß, wenn dies, weil die Vorinstanzen angenommen haben, deshalb zu verneinen wäre, weil die zweite der am 13. November 1902 aufgenommenen Urkunden der Formvorschrift in § 311 des Bürgerlichen Gesetzbuches nicht entspricht, die Bestimmung in § 419 Abs. 3, wonach die Haftung dessen, der das Vermögen eines andern durch Vertrag übernimmt, gegenüber den Gläubigern durch eine Vereinbarung zwischen dem Schuldner und dem Übernehmer nicht ausgeschlossen werden kann, diese Haftung also insoweit zwingenden Rechtes sein soll, in allen Fällen versagen müßte, wo der Schuldner und der Übernehmer es aus irgendeinem Grunde für gut befinden, die Vermögensübertragung durch mehrere, je auf bestimmte Vermögensbestandteile beschränkte, in an sich rechtsgültiger Form abgeschlossene Einzelverträge zur Ausführung zu bringen."

Warum? Im Dorfe Czersk bei Konitz feuerte im Laufe eines Streites der Lehrer Cincyk aus Ostrowitte auf den Arbeiter Kitowski einen Schuß ab, der nach einigen Stunden tödlich wirkte. Kitowski war Witwer und hinterläßt sieben unversorgte Kinder.

Entgleist. Der Personenzug aus Parkany Nana, der abends 8½ Uhr im Budapester Westbahnhof ankommen sollte, entgleiste bei der letzte Weiche vor der Einfahrt. Eine Frau wurde getötet, mehrere Passagiere wurden verletzt. Vier Wagen wurden beschädigt; die nachfolgenden Züge hatten große Verspätungen.

Erotische Volkslieder derben Inhalts werden zu wissenschaftlichem Zwecke von Hans Ostwald, Zehlendorf, Karlstraße 28, dem Herausgeber der Lieder aus dem Rinnstein und der Großstadtdokumente gesucht. Wer solche kennt oder besitzt, möge sie an den Herausgeber in den allernächsten Tagen einsenden.

Die Sehnsucht nach der Fremdenlegion hat den 19 Jahre alten Schlosser Otto Grund, den Sohn eines Pensionärs aus der Kranoldstraße 21 zu Rixdorf, von Haus und Eltern fortgetrieben. Das „Berliner Tageblatt" meldet hierüber: Der junge Mann war durch Schundlektüre so für die Fremdenlegion begeistert worden, daß er beschloß, selbst in sie einzutreten. Er wandte sich an das hiesige französische Konsulat und erhielt einen Brief in französischer Sprache, daß er, wenn er in die Fremdenlegion eingereiht werden wolle, sich an das seinem Wohnort am nächsten gelegene Rekrutierungsbureau zu wenden und sich dort vorzustellen habe. Seit Mittwoch voriger Woche ist nun Grund, der in der Eisenbahnwerkstatt in Tempelhof lernte und am 18. April Geselle werden sollte, verschwunden. Ohne Zweifel ist er über die französische Grenze gegangen. Der junge Mann ist 1,80 Meter groß und schlank gewachsen, hat blondes Haar und blaue Augen und trägt ein braunkariertes Jackett, dunkle Beinkleider und einen schwarzen steifen Filzhut.

Heftige Stürme mit Schneefällen richteten in verschiedenen Landesteilen Spaniens Unheil an. Bei Calatayud (Provinz Saragossa) wurden durch einen von einem Berge losgelösten Felsblock zwei Häuser zertrümmert und fünf Personen getötet.

Kesselexplosion. An Bord des Dampfers „Brasile" der im Hafen von Genua liegt, fand, wie aus Mailand berichtet wird, Sonnabend nachmittag eine Kesselexplosion statt. Zwölf Personen wurden verwundet, darunter sieben sehr schwer.

Wahlindustrie in Ungarn. Angesichts der bevorstehenden Abgeordnetenwahlen in Ungarn sind geriebene Geschäftsleute zur Gründung eines gewerbsmäßigen Wahlagitationsbureaus geschritten. Die Firma lautet: „Landeswahlbureau Triumph" und liefert nach ihrer Ankündigung zu den billigsten Preisen Fahnen, Abzeichen und Federn für die Agitatoren, Gesänge zugunsten der Bewerber und Spottverse auf die Gegenbewerber. Ferner erforscht es die Stimmung und Richtung eines jeden Wahlbezirks und entsendet zur Sondierung der Wahlaussichten erfahrene und zuverlässige Männer, „erstklassige" Agitatoren und Redner. Auch in bezug auf die Adressen der Wähler, auf die Fuhrlohntarife usw. gibt das Landeswahlbureau jede Auskunft. Das Geschäft verspricht sehr aussichtsvoll zu werden.

Kosaken als Mörder. Bei Helsingfors fand man am Sonnabend auf dem Eise bei dem Brunnspark die Leiche eines fünfjährigen Mädchens, bei deren Obduktion jetzt festgestellt wurde, daß es das Opfer eines Sittlichkeitsverbrechens geworden ist und danach erstickt wurde. Der Verdacht richtet sich allgemein gegen die Kosaken der in der Nähe gelegenen Kaserne. Es greift in der Stadt große Erbitterung gegen sie um sich. Auf die Kosaken ist schon früher der Verdacht, ähnliche Scheußlichkeiten begangen zu haben, gefallen.

Schweres Eisenbahnunglück. Wie gemeldet, ereignete sich in der Nähe von Greenmountain (Amerika) ein Eisenbahnunfall, bei dem ein Personenzug der Rock Island-Bahn eine Böschung hinabstürzte. Vierzehn Passagiere wurden getötet, fünfundzwanzig verletzt. — Die offizielle Mitteilung der Rock Islandbahn meldet, daß bei dem Unglück bei Greenmountain 33 Personen ums Leben gekommen sind, deren Leichen geborgen wurden. 31 Verletzte wurden nach Greenmountain gebracht.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Für die Geschenke und Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Anna-Marie danken herzlich
Johann Oldorff u. Frau, geb. **Schoor.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Minna danken herzlichst.
C. Aßmann u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation uns. Tocht. Alwine dank. herzl. **Joh. Meyborg** und Frau, Sedanstr. 12 I.

Für die viel. Aufmerksamkeiten u. Glückwünsche z. Konfirmation uns. Tochter danken herzlichst. **F. Frick** und Frau nebst Tochter Frida.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unser. Tochter Emma danken herzlichst.
J. Knüppel und Frau nebst Tochter.

Für die uns anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Friedrich in so zahlr. Weise zu teil geword. Gratul. u. Aufmerks. danken herzl.
E. Kant u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen z. Konfirmation unserer Tochter Ella sagen allen besten Dank. **J. Kamp** und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Betty danken herzlichst.
Carl Petersen und Frau.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlichst.
Wilh. Mühling und Frau nebst Sohn Emil.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation sagen herzlichsten Dank.
C. Grebien und Frau nebst Sohn.

Für d. viel. Gratulat u. Geschenke z. Konfirmat. uns. Tochter Elsa dank. herzl. **W. Rohde** und Frau nebst Tochter, Georgstraße 43.

Für die Geschenke u. Gratulation. anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Auguste danken herzlichst.
F. Kolbow u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlichst.
K. Deutsch und Frau nebst Sohn.

Für die viel. Gratulationen und Geschenke z. Konfirmation unserer Tochter danken herzlichst. **F. Gierz** und Frau nebst Tochter Elise.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten z. Konfirmation uns. Sohnes Alfred sag hierm. uns. herzl. Dank.
Carl Folkers u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Elisabeth danken herzlichst.
F. Niß und Frau nebst Tochter.

Für die Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Martin danken herzlichst.
A. Albrecht u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlichst.
Martin Walter und Frau nebst Sohn Willy.

Für die viel. Gratulationen u. Geschenke z. Konfirmation uns. Sohnes Heinrich danken herzlichst.
H. Clauben und Frau nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm danken herzlichst.
H. Fahrinkrug und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Lina danken herzlichst. **J. Möller** und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Martha sagen herzlichsten Dank.
H. Lühr und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm danken herzlichst.
F. Thoren und Frau.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anläßlich der Konfirmation unserer Tochter danken herzlichst.
H. Plottow und Frau.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlichst. **Heinrich Radden** u. Frau nebst Sohn Willy.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Erich danken herzlichst. Familie **R. Drodt.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Alwine danken herzlichst.
H. Maaß und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Frida danken herzlichst.
J. Lemke und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlichst.
Aug. Westphal u. Frau nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anläßlich d. Konfirmation uns. Tochter Friedchen danken herzlichst.
E. Jahn und Frau nebst Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeit anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Emil danken herzlichst.
E. Fritze und Frau.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Richard danken herzlichst.
W. Eggert und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlich.
L. Drewes und Frau.

Für die überaus zahlreichen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation ihrer Pflegetochter Margarete danken herzlich
H. Teckenburg und Frau.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Frida sagen hiermit besten Dank **C. Hartleben u. Frau.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlich.
Heinr. Knoop und Frau.

Herzlichen Dank für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Henny.
Johs. Groht u. Frau nebst Tochter

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Franz danken herzlich.
A. Reher u. Frau nebst Sohn.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Frida danken herzlich.
E. Breede u. Frau nebst Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Ida sagen herzlichen Dank
H. Johswich und Frau.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm sagen allen unsern besten Dank
Fr. Burkhardt u. Frau, geb. Hilms.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Ella danken herzlich
J. Wegner und Frau nebst Tochter.

Für die außerordentlich zahlreichen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Ella sagen wir unsern herzlichsten Dank
G. Duriet und Frau nebst Tochter.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Hermann danken herzlich
Gustav Tamm u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Walter danken herzlich.
F. Schiering und Frau nebst Sohn.

Für erwiesene Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Minna danken herzlich
A. Riecken und Frau nebst Tochter.

Für alle Aufmerksamkeiten bei der Konfirmation unserer Tochter Hulda danken herzlich
Bernh. Lankow und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter Emmy sage hiermit meinen herzlichsten Dank **J. Scholz.**

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Erna sagen herzlichen Dank
G. Rosenberg und Frau.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Henny danken herzlichst
W. Mengel und Frau nebst Tochter.

Für die Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Emma sagen herzlichen Dank
Wilh. Bohnhof u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation Tochter Erna danken herzlich.
P. Meyburg und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlich
K. Koll u. Frau nebst Tochter **Ella.**

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke anläßlich der Konfirmation unserer Tochter Frida dank. herzl.
Fr. Karrasch u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Hedwig sagen besten Dank.
Emil Borgwaldt u. Frau nebst Tocht.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation sagen herzlichen Dank. **Karl Stümpel** und Frau nebst Tochter **Berta.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlichst.
E. Groth und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation danken herzlich.
F. Fick und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter sagen herzlichen Dank.
E. Wustrow und Frau nebst Tochter **Marieschen.**

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Hans danken herzlich
H. Borg und Frau, geb. **Mustin.**

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Minna danken herzlich.
Heinr. Wilkes nebst Frau u. Tochter.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes August danken herzlichst.
Carl Tümmler u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Emma danken herzlichst.
J. Willhöft und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke z. Konfirmation unserer Tochter Louise sagen herzl. Dank.
H. Hintz und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unserer Tochter Meta danken herzlichst.
Carl Laaß und Frau.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Max sagen herzlichsten Dank.
Aug. Eggerstedt u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Geschenke u. Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Ernst danken herzlichst.
J. Frost und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlichst.
Joh. Meyer und Frau nebst Sohn Gustav, Krempelsdorf.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlichst.
H. Froh nebst Frau und Sohn.

Für die vielen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes Friedrich danken herzlichst.
F. Roggentin und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Erna danken herzlichst.
J. Dettmann und Frau nebst Tochter.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter danken herzlichst.
F. Buhr und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlichst.
H. Greßmann und Frau nebst Sohn Willy.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Karl danken herzlichst.
C. Conradt und Frau.

Für die zahlreichen Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unserer Tochter Erna sagen herzl. Dank.
Carl Buchholz u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Johanna danken herzlichst.
F. Kähler und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer Tochter Martha sagen herzl. Dank.
H. Bartky und Frau nebst Tochter.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation danken herzlichst.
C. Stuhr u. Frau u. Sohn Carl.

Für die vielen Glückwünsche zur Konfirmation unseres Sohnes Bernhard danken herzlichst.
J. Busch und Frau nebst Sohn.

Für die vielen Glückwünsche und Aufmerks. z. Konfirmat. uns. Tocht. Dorette sag. w. uns. herzl. Dank.
Wilhelm Jürs u. Frau u. Tochter

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Friedrich danken herzl.
J. Schmidt u. Frau nebst Sohn.

Für die vielen Gratulationen zur Konfirmation unseres Sohnes Heinrich danken herzlichst.
C. Görß und Frau.

Für die Glückwünsche und Aufmerksamkeiten zur Konfirmation unseres Sohnes danken herzlichst.
W. Albrecht und Frau nebst Sohn.
Moislinger Allee Nr. 10a.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unseres Sohnes Bruno danken herzlichst.
Herm. Gutsche und Frau,
Neu-Lauerhof.

Für d. viel. Gratulat. u. Geschenke z. Konfirmat. uns. Sohnes Walter danken herzlichst. **Johs. Meyborg** und Frau u. Sohn, Kottwitzstr. 28.

Für die Gratulationen und Geschenke zur Konfirmation unserer einz. Tochter Martha dank. herzl.
H. Westphal u. Frau nebst Tochter.

Für die vielen Glückwünsche und Geschenke zur Konfirmation meiner Tochter Alma sage herzl. Dank.
Frau **Beyer Wwe.** und Tochter.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anläßlich der Konfirmation unserer Enkelin danken herzlichst.
C. Schönbaum und Frau.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anläßlich der Konfirmation unseres Sohnes Wilhelm danken herzlichst.
E. Hahn und Frau.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Lübeck.

Am Sonnabend, dem 19. März, starb unser Kollege

Gustav Eck.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 23. März, nachmittags 2¾ Uhr, von der Kapelle des Vorwerker Friedhofes aus statt.

Treffpunkt der Kollegen zur Teilnahme an derselben nachmittags 2¼ Uhr bei der Hansa-Halle.

Die Ortsverwaltung.

Zum 1. April od. spät. zu verm. eine **Zweistubenwohnung.** 150 Mk. Krausestraße 13a.

Gesucht zum 1. Juli eine **Zweistubenwohnung.** Ang. mit Preis unter **H P** an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli von Leuten mit 1 Kind **Wohnung,** 3 Zimmer, od. kleines Haus zum Alleinbewohn. Ang. mit Preis unt. **S Z** an d. Exp.

Sofort ein kräftiger **Lauxbursche** außer der Schulzeit zum Austragen von fertigen Arbeiten.
Depenau 15.

Gesucht ein jüng. Mädchen nach dem Lande.
Zu melden Friedenstr. 68. II.

Junge Ziege (am liebst. Schweizer) zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter **J Z** an die Exp. d. Bl.

Ein Sofa und Eckschrank billig zu verkaufen.
Marlesgrube 65, II.

Ein großer Kaninchenstall zu verkaufen.
Lützowstraße 16, part.

Zu verk. g. **Magnum bonum-Kartoffeln,** Zentner **3.50** Mark, **Schalotten,** Pfund **30** Pfg.
Schönkampstr. 5a.

St. Lorenz-Beerdigungsinstitut Georg Behnck
4 Warendorpstraße 4 Fernruf 2186.
Sarg-Magazin. Wäsche. Grabstöcke. Kränze.

Aktien-Bierbrauerei Lübeck
empfiehlt
Lübecker Bürgerbräu
hell und dunkel
in Gebinden, Flaschen u. Siphons (Globus-Selbstschenker)
direkte Brauereifüllung,
sowie
Braunbier
in Flaschen,
ebenfalls direkt in der Brauerei abgezogen.
Telephon Nr. 69.

Dr. Schlomer
verreist
vom 23.—29. März.

Ludwig Prösch
Buchbinderei
Glockengießerstraße 73
empfiehlt sich zu allen in seinem Fache vorkommenden Arbeiten

Verloren ein Hundehalsband mit Steuerzeichen 1023.
Der Finder wird gebet. selbiges geg. Belohn. Fackenb. Allee 36 abzugeben.

Schneiderin empfiehlt sich zur Anfertigung von **Damen- und Kinder-Garderobe.**
Friedenstraße 93, I.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer 2c. im Lagerhaus und Speditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Zu Ostern empfehle
Lederschürzen
für **Schlosser, Schmiede, Böttcher, Weinküfer** usw.
Gerberei Carl Rohde,
Hundestraße 64.

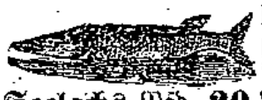
Tapeten
neueste Muster, reichhaltige Auswahl
Billige Restpartien.
Hafen-Drogerie
Georg Bornhöfft,
Untertrave 44 45.
Tapetenkleister fix und fertig zum Gebrauch.

Sohlleder, Vache u. Oberleder
sowie
Sohlen- u. Oberleder-Ausschn.
in bester Ware äußerst preiswert
empfiehlt
Gerberei Carl Rohde,
Hundestraße 64.

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.
Johannisstraße 46.

Wilhelm Rahfoth,
Untertrave 113. Fernsp. 687.
Weine und Spirituosen
in jeder Preislage und in nur besten Qualitäten.


E. Boy, Königstr. 61. F. 1811. Marktb.-St. 46.
Seelachs Pfd. **20** Pf., **Rotzungen** Pfd. **50** Pf., **Schellfische** Pfd. **35,** **Kabeljau** Pfd. **30** Pf., **lebende Hechte.** Täglich frisch geräucherte **Bücklinge, Aale, Sprotten, Stör, Lachs.**